

# Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Kontor Hannover Nr. 670 18  
Direktions-Kontor der Arbeiter und  
Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 66

Abonnementpreis d. Blattes vierteljährlich 3.— RM., d. die Post 3,60 RM. Einzel-Nr. 50 Pfg.  
Anzeigen: Die 25 mm breite mm-Zeile od. deren Raum 40 Pfg. Platzvorschriften ausgeschlossen



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: G. Hanemann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wismelhauser Straße 88 42

Telefon-Nummern: 4300, 4201  
Telegramm: Nitverband Bochum

## Die 26. Generalversammlung des Verbandes.

Die Tagungen großer Arbeitnehmerverbände bieten in der Nachkriegszeit ein anderes Bild als im alten Obrigkeitsstaat. Die veränderte Einstellung der Arbeiterklasse zum demokratischen Staatswesen, in dem sie nicht nur Gegenstand der Gesetzgebung, sondern in immer größerem Umfang Gesetzgeber selbst ist, bedingt auch ein anderes Gesicht großer Arbeitertagungen. Mußten sie sich vor dem Kriege oft mit kümmerlichen Tagungslokalen begnügen, so stehen ihnen heute in großen Städten prächtige Saalbauten zur Verfügung, die meist unter lebhafter Tätigkeit von Arbeitervertretungen mitentstanden sind. Früher kümmerte sich nur die Polizei um solche Tagungen, die Vertreter anderer Behörden waren ihnen ebenso feindselig gesinnt und es passierte nie, daß solche Behördenvertreter Arbeitertagungen besuchten und sich objektiv zu ihnen einstellten. Heute sind auf solchen Tagungen die Vertreter von Reichs- und Staatsregierungen, von Provinzen und Gemeinden vertreten, und unter ihnen findet sich sehr oft ein Vertreter, der aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst hervorgegangen ist. Das spricht für die steigende Anerkennung der Bedeutung der Gewerkschaften. Das Entscheidende aber ist, was diese Organisationen selbst aus ihren Tagungen machen.

Die Eröffnung der 26. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands war ein imposanter Auftakt. Begünstigt von gutem Wetter, waren fast 6000 Bergarbeiter aus den benachbarten Bergbaubezirken mit Extrazügen nach Magdeburg gekommen, um an der Feier teilzunehmen, mit welcher die Generalversammlung eröffnet wurde. Unter Borantritt der Generalversammlungsdelegierten bewegte sich der imposante Demonstrationzug vom Domplatz durch die breiten Straßen Magdeburgs zur Stadthalle. So groß auch der prächtige Saal dieser Halle ist, er vermochte doch nicht alle Kameraden mit ihren Frauen zu fassen, die zur Feier gekommen waren.

Die Eröffnung der Generalversammlung vollzog sich in einem prächtigen künstlerischen Rahmen. Mit einer Phantasie G-Dur von Johann Sebastian Bach begann das künstlerische Programm. Der Unterbezirk Magdeburg des Arbeiterfängerbundes trug formvollendet das Begrüßungslied „Morgenrot“ und den Chor „Weltenfriede“ von Uthmann vor. Das weitere künstlerische Programm, bestanden von einer vorzüglichen Kapelle, einem Doppelquartett des Magdeburger Volkschors und den hervorragenden Solokräften Toni Weiler und Ilse Habicht, schloß sich dem Anfang würdig an.

Eine Reihe von Begrüßungsansprachen wurden gehalten. Wir kommen auf sie in der nächsten Nummer im einzelnen zurück, da einige von ihnen ein ganz besonderes Interesse verdienen, das wir ihnen heute wegen Platzmangel nicht widmen können.

Arbeitersekretär Wunschmann (Magdeburg) fand treffliche Worte zur Begrüßung der Generalversammlung, die einen Beruf repräsentiert, der bei schwerer Arbeit und geringer Entlohnung oft Heldenmütiges leistet.

Reddigau, der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes für das mitteldeutsche Gebiet, entbot der Generalversammlung den Gruß der mitteldeutschen Kameraden. Er wies auf die immer noch traurigen Arbeitsverhältnisse, insbesondere auf die überlange Arbeitszeit in der mitteldeutschen Bergbauindustrie hin und wünschte, daß die Arbeit der Generalversammlung uns ein Stück weiter bringen möge auf dem Wege, den Bergarbeitern ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen.

Der zweite Verbandsvorsitzende, Waldhecker, begrüßte im Namen des Vorstandes die Delegierten, die zur Tagung erschienenen ausländischen Vertreter, die Vertreter der Behörden und die Presse. In eindringlichen Worten schilderte er die schwierige Lage im Bergbau, Still-

legungen und Feierlichkeiten an der Ruhr, die Folgen der Rationalisierung und die daraus dem Verband erwachsenden Aufgaben. Er schloß mit der Hoffnung, daß die erfreuliche Aufwärtsentwicklung der letzten zwei Jahre im Verbands auch künftig anhalten möge.

Der preußische Kultusminister Dr. Schreiber überbrachte die Grüße der preußischen Staatsregierung und der Reichsregierung, von der letzteren insbesondere Wünsche des Reichswirtschaftsministers Curtius und des Reichsarbeitsministers Wissell. Letzterer wird an einem der nächsten Tage noch persönlich an der Generalversammlung teilnehmen. Handelsminister Dr. Schreiber ging auf die schwierige Lage der Bergbauindustrie in Deutschland und den anderen europäischen Ländern ein. Er sagte Bemerkenswertes über die notwendige Rationalisierung und die Stellung der Arbeitnehmerschaft zu dieser Frage. Wir werden auf diese Partie seiner Rede besonders zurückkommen. Mit Genugtuung konstatierte der Minister, daß die deutsche Arbeitnehmerschaft mit heiligem Eifer ihre gesellschaftliche Emanzipation erstrebe, wünschte ihr Glück dazu und schloß mit einem kräftigen „Glück auf!“

Nach einer herzlichen Begrüßung des Bürgermeisters Dr. Landsberg im Namen der Stadt Magdeburg sprach der von der Bergarbeiterinternationale delegierte Kamerad De Jardin, der in zündenden Worten die Notwendigkeit des nationalen und internationalen Kampfes der Bergarbeiterschaft darlegte, dessen nächstes Ziel eine Arbeitsdauer von acht Stunden über Tage und sieben Stunden unter Tage sei. Aber nicht nur der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gelte dieser Kampf, sondern darüber hinaus der internationalen Regelung der Produktion und der Völkerveröhnung.

Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund überbrachte Eggert die besten Wünsche mit der Versicherung, daß die gesamten freien Gewerkschaften in engster Solidarität dem Bergarbeiterverband verbunden und in Zeiten ernster Kämpfe ihm starke Rückendeckung seien.

Pohl sprach für die anwesenden Delegationen der Bruderverbände aus Holland, Desterreich und der Tschechoslowakei. Mit scharfen Worten stellte er den Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise dar, der wir in unserem Kampfe vor allen Dingen die Forderung entgegenzustellen hätten: Herunter mit der Arbeitszeit im internationalen Bergbau!

Nachdem Kollege Halbsell die Grüße des Bundes der technischen Angestellten und Beamten überbrachte, dankte Kamerad Hufemann für alle Begrüßungsreden und eröffnete die Generalversammlung.

Für die Leitung der Generalversammlung wurden gewählt die Kameraden Hufemann, Waldhecker und Reddigau als Vorsitzende; Schudy und Rebmann als Schriftführer sowie Schöttl und Bloka als Führer der Rednerliste. In die Mandatsprüfungskommission wurden delegiert die Kameraden Sochmann, Babucke, Hegenberg, Abel, Hartung, Bohne und Reinecke; in die Beschwerdekommision Szymkowiak, August Becker, Hesse, Ulrich, Markus, Wette und Dillmann. In die Wahl- und Gehaltskommission wurden gewählt Göttsmann, Bloka, Sevenheck, Steinmeh, Briewig und Herrmann. Vorschläge der Opposition wurden gegen 17 Stimmen abgelehnt, ebenso die Anträge, für einzelne Punkte der Tagesordnung Korreferenten zu bestellen.

### Der erste Verhandlungstag

am 9. Juli begann mit dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden.

Nach der Eröffnung nahm der erste Verbandsvorsitzende

#### Hufemann

das Wort. Er führte aus: Sehr verehrte Delegierte und Gäste! Die beiden Jahrbücher für 1926 und 1927, die Ihnen zugestellt wurden, geben ein Bild von der Tätigkeit

des Verbandes und seiner Organe. Es ist natürlich nicht möglich, auf alles das, was diese beiden Jahrbücher enthalten, einzugehen. Ich werde mich deshalb nur mit den wichtigsten Fragen beschäftigen.

#### Wirtschaftspolitische Ueberblick.

Als wir das letzte Mal auf der Generalversammlung in Saarbrücken über unsere Tätigkeit berichteten, tobte in England, dem ersten bergbautreibenden Lande Europas, ein Arbeitskampf, wie ihn die Geschichte der sozialen Bewegungen bis dahin noch nicht kannte. England ist, rein geographisch betrachtet, ein Inselreich. Aber wirtschaftlich gesehen, gibt es keine Inseln und kein Eigenheim mehr. Der Arbeitskampf im englischen Bergbau zeigte so recht, wie eng die Wirtschaften der Völker miteinander verknüpft sind. Als etwa eine Million Bergarbeiter im großbritannischen Bergbau ausgesperrt wurden, stellte der größte europäische Kohlenlieferant seine Tätigkeit ein. Weder die britische Wirtschaft noch die anderen europäischen Märkte erhielten aus den britischen Schächten den notwendigen schwarzen Brennstoff. In unserem Jahrbuch 1926 haben wir ausdrücklich nachgewiesen, welche Schritte unser Verband unternommen hat, um in jenen aufgeregten Zeiten die Belieferung Großbritanniens mit deutscher Kohle zu verhindern. Nach der offiziellen Statistik wurden im Jahre 1926 1,7 Mill. To. deutscher Kohle nach Großbritannien geliefert. Das ist so viel, wie die englische Wirtschaft in normalen Zeiten in drei Tagen verbraucht. In den ersten vier bis fünf Monaten 1926 hat Deutschland aber von Großbritannien 1,4 Mill. To. Kohle bezogen. Auf allen Kohlenmärkten machte sich nach Ausbruch des britischen Arbeitskampfes Kohlenmangel bemerkbar, wodurch es dem deutschen Bergbau möglich war, neue Absatzgebiete zu finden.

Mit dieser Markterweiterung setzte im deutschen Bergbau, der sich seit 1924 in einer beispiellosen Abwärtskurve befand, eine feste Besserung ein, die sich zu einer bisher ebenfalls ungeahnten Hochkonjunktur entwickelte. Wir leben nicht nur technisch, sondern auch wirtschaftlich in der Zeit der Rekorde. In der Nachkriegszeit erreichten wir seit Jahrzehnten den tiefsten Stand der deutschen Kohlenproduktion. Wir haben aber im letzten Jahre den höchsten Stand erreicht, und man konnte ruhig von einer Rekordförderung im Bergbau reden. In der Nachkriegszeit sahen wir auch den höchsten Stand der Belegschaftsziffer und bald darauf auch ihren Rekordstand. Wo wir auch hinsahen: auf die Ziffern der Arbeitslosen, auf das Leistungsergebnis je Mann und Schicht, auf die Produktionszahlen und Belegschaftsziffern, überall zeigt uns die Entwicklung der letzten Jahre Rekordziffern nach der schlechten wie nach der guten Seite hin. Das Wesentlichste und Erfreulichste in der Wirtschaftsentwicklung ist jedoch, daß die traurigen Rekordziffern den guten Platz gemacht haben. Einige Ziffern mögen diese Entwicklung zeigen. Wir förderten an Steinkohle im Monatsdurchschnitt 1924: 9,9, 1926: 11,21, 1927: 12,1 und im 1. Vierteljahr 1928 13,5 Mill. To. Damit war das Förderergebnis von 1913 schon 1926 um 3 Prozent, 1927 um 9 Prozent und im 1. Vierteljahr 1928 um 15 Prozent überschritten.

In der Braunkohle haben wir eine noch viel gewaltigere Fördersteigerung zu verzeichnen. Hier wurde monatsdurchschnittlich die Förderung des letzten Vorkriegsjahres 1926 um 4,4 Mill. Tonnen gleich 60 Prozent, 1927 um 5,3 Mill. To. gleich 73 Prozent, im 1. Vierteljahr 1928 um 6,7 Mill. To. gleich 93 Prozent überschritten. Diese außerordentlich günstige Konjunktur hält auch jetzt im Braunkohlenbergbau noch an. Diese Zahlen zeigen uns den schnellen und gewaltigen Wirtschaftsaufstieg Deutschlands. Das sehen wir nicht nur bei der Kohle, sondern auch bei anderen Produkten der Schwerindustrie. Die Tatsache, daß im 1. Vierteljahr 1928 im Monatsdurchschnitt 27 Prozent mehr Eisen, 43 Prozent mehr Stahl und 20 Prozent mehr Walzwerkserzeugnisse erzeugt wurden als 1913, bestätigt das ebenfalls.

Freilich haben geschäftige Unternehmervertreter für diese Entwicklung schnell den „richtigen“ Namen gefunden. Als sich der Produktionsaufschwung nicht mehr leugnen ließ, war es auf einmal nur eine „Mengenkonjunktur“, und das Unternehmertum will entgegen der altbekannten Geschäftsregel, daß sich mit steigender Produktion und steigendem Absatz die Gewinne erhöhen, an diesem Konjunkturaufschwung nichts verdienen haben. Das Geschäftsergebnis hängt allerdings in hohem Maße von der Leistung der Arbeiter ab. Wie es hiermit steht, mag die Tatsache erhellen, daß heute ein Mann der Ruhrbelegschaft in einer Schicht 25 Prozent, in Oberschlesien 17 Prozent und in Niederschlesien 24 Prozent mehr Kohle fördert, als im letzten Vorkriegsjahre.

Im Braunkohlenbergbau sehen wir in den Tagebaubetrieben im Rheinland eine Leistungssteigerung von 95 Prozent, im oberelsbischen Braunkohlenbergbau eine solche bis zu 94 Prozent und im Bereich des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats bis zu 103 Prozent.

Zweifellos sind diese gewaltigen Steigerungen in hohem Grade auf die vermehrte Maschinenanwendung mit zurückzuführen. Es steht jedoch fest, daß damit auch eine erhöhte Inanspruchnahme der Arbeitskraft der Bergarbeiter Hand in Hand ging. Diese technischen Erweiterungen und Modernisierungen sind zudem meistens aus laufenden Betriebsüberschüssen

finanzliert worden. Ich darf wohl darauf hinweisen, daß das Schlagwort von der Selbstfinanzierung nicht von uns, sondern von dem ausgedehnten Unternehmerorgan, der „D. Bergwerks-Zeitung“, stammt. Die Einkünfte sind dazu verwendet worden, den deutschen Bergbau, diesen wichtigsten Zweig der Produktion, auf den modernsten technischen Stand zu bringen. Ja, man kann sagen, daß in dieser Beziehung oft schon das Gute zu viel getan wurde, und daß man bis zur Unwirtschaftlichkeit rationalisiert, weil der Techniker über den Kaufmann siegte. Wenn wir beispielsweise im Schmalenbach-Gebiet für den Ruhrbergbau sehen, daß moderne Kokeren abgebaut wurden, nur um sie noch durch modernere zu ersetzen, so ist das nur eine Bestätigung des vorhin Gesagten. Tatsache ist, daß unser Bergbau eine Überkapazität aufweist und daß vor allen Dingen im Ruhrbergbau der Ausbau der Gruben und ihrer Nebenanlagen so weit vorgeschritten ist, daß mit einer bedeutend kleineren Zahl von Schächten und Anlagen sowie Arbeitern die heute benötigten Kohlenmengen gefördert werden können. Es wird aber weiter rationalisiert und zusammengelegt, die Betriebe werden ausgebaut und vervollständigt und alles das wird in der Hauptsache aus den Betriebsmitteln finanziert. Die Reichsreditgesellschaft schätzt, daß im Jahre 1927 die Inlandskapitalbildung etwa 12 Milliarden Reichsmark betragen habe. Das ist selbst bei Berücksichtigung der Geldwertverminderung immer noch erheblich mehr, als in den letzten Jahren der Vorkriegszeit.

In den Bilanzen großer deutscher Bergwerksgesellschaften spiegelt sich dieser Prozeß starker Kapitalbildung ganz deutlich wieder. So finden wir in der letzten Bilanz der Rüdner-Werke Nebenbauten im Werte von 9,4 Mill. M. und Sonderanlagen im Höhe von 6,9 Mill. M. neben den gesetzlich vorgeschriebenen Reserven. Bei Harpen, den Vereinigten Stahlwerken und anderen Gesellschaften sind ganz ähnliche Feststellungen zu machen. Herr Rüdner ist einer der wenigen Großindustriellen, die den amtlichen Unternehmerpessimismus wenigstens nicht so stark ausgetragen haben, wie die übrigen Bergwerksgewaltigen. Das wird durch die Neben, die er auf Generalversammlungen seiner Werke gehalten hat, bestätigt. Noch im November 1927 führte er aus, daß man für das Jahr 1928 keine großen Befürchtungen hegen brauche. Er empfahl allerdings auch Wege, die wir nicht mitgehen können. Er sprach von der Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrgebiet auf den Vorkriegsstand, verlangte Lohnherabsetzung und sprach auch von der starken Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung und Steuern. Wir sind hingegen der Auffassung, daß die Arbeitszeit soweit als irgend möglich zu kürzen ist und die Löhne zu erhöhen sind. Eine bedeutende Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter ist unbedingt erforderlich.

Weber die Lohnpolitischen Erfolge unseres Verbandes wird Ihnen Kamerad Balke berichten. Ich möchte in diesem Zusammenhange nur zum Beweis dafür, daß wir auch hier erfolgreich gearbeitet haben, ein Beispiel herausgreifen. In den letzten zwei Jahren haben wir eine ganze Anzahl von Lohnbewegungen in fast allen Bergbaugebieten Deutschlands gehabt. Im Ruhrgebiet hatten wir drei Lohnbewegungen, die jedesmal eine Lohnherabsetzung brachten und durch die den Belegschaften monatlich etwa 15 Millionen Mark mehr an Löhnen zugestanden werden mußten. Dieses Beispiel zeigt Ihnen, was die Gewerkschaften und besonders unser Verband praktisch geleistet haben, um den inneren Markt zu stärken und die Konjunktur zu stabilisieren. Daß wir mit den Ergebnissen, trotzdem wir sie ruhig als Erfolge buchen können, nicht zufrieden sind und auch nicht zufrieden sein können, werden Sie verstehen. Auch die Teuerung ist ja in den letzten Jahren gestiegen. Der amtliche Lebenshaltungsindeks, der im Durchschnitt des Jahres 1926 auf 141,2 stand, steht heute bereits auf 150,5. Unser stetes Bemühen wird sein, über die Teuerung hinaus die Löhne zu erhöhen, um so die Lebenshaltung des deutschen Bergarbeiters zu verbessern.

**Gewerkschaftsmacht gegen Unternehmerorganisation.**

Wir sind uns darüber klar, daß wir dabei den größten Widerstand der bergbaulichen Unternehmer finden und daß ein gut ausgebautes und weit verzweigtes Repressivparat gegen uns aufgebaut wird. Das darf natürlich nicht hindern und werden wir bemüht sein müssen, auch die Einrichtungen unseres Verbandes zu verbessern, um so durch Verdoppelung und Verdreifachung unserer Kräfte Erfolge auf allen Gebieten zu erzielen. Es ist Aufgabe einer jeden Gewerkschaft, stets aufs äußerste gerüstet zu sein. Daß wir dieses waren, zeigt der im Oktober 1927 ausgebrochene große Streik im gesamten mitteldeutschen Braunkohlengbiet. Wir brauchen die Macht des vereinten deutschen Bergbauunternehmertums nicht zu fürchten, wenn wir einig und geschlossen sind. Das Unternehmertum hat dieses uns gegenüber im voraus, aber es mangelt ihm doch an großen Ideen, die es in die Tat umsetzen will. Wenn man sich der Neben, die namhafte Führer der deutschen Bergbauindustriellen gehalten haben, erinnert, und wenn man an den im Juni dieses Jahres nach 15jähriger Pause zum ersten Male wieder großzügig arrangierten „Deutschen Bergmannstag“ denkt, dann muß man doch sagen, daß auf all diesen Tagungen keine großen Ideen, kein neuer Gedanke vorgebracht wurde. Es waren die alten Lebensarten und Schlagworte, die nicht einmal in neuer Form geboten wurden. Ich würde mich schämen, wenn auf unserer Generalversammlung, also einem wirklichen deutschen Bergmannstag, ein so tiefes Niveau wie auf der Berliner Tagung des sogenannten Bergmannstages zu verzeichnen wäre. Das Unternehmertum will mit alten Schlagworten und Mitteln eine neue Zeit bezwingen, die mit unabweiglicher Gewalt herankommt und im Werden begriffen ist. Ich glaube, wir dürfen es hier ausnahmsweise einmal mit Herrn Prof. Schmalenbach halten, der in seiner Wiener Rede sagte, die modernen Unternehmer sind nur Werkzeuge, nichts als Werkzeuge einer wirtschaftlichen Entwicklung, die gegen ihren Willen ganz andere Wege geht, als man sie in diesem Lager und auch in der Wissenschaft gern wahr haben möchte.

Die Wirtschaft, besonders die Bergbauwirtschaft, kommt mehr und mehr in jenes Stadium, wo der Einzelne sie nicht mehr gestalten kann. Sie wird in immer steigendem Maße eine öffentliche Angelegenheit und nur durch unsere Mitarbeit und Mitbestimmung wird sie ihre Aufgaben lösen können. Die organisierten Bergarbeiter und die gesamte organisierte Arbeiterschaft muß hier die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben der neuen und ferneren Zukunft erledigen. Wir werden diese Aufgaben nur lösen können, wenn wir uns immer stärker in die Wirtschaft einfügen, uns Einblick und Einfluß verschaffen, um dadurch die Wirtschaft demokratisch durchzuführen, um für die Zukunft vorzuarbeiten.

**Die Verhältnisse im Kali- und Erzbergbau und den Grenzrevieren.**

Auch im Kalibergbau war die Beschäftigung gut und hat sich die Zusammenlegung der Produktion bis auf wenige Werke gut ausgewirkt. Im Jahre 1913 waren 152 Schächte im Betrieb, die 10 Millionen D. K.O. förderten. 1926 wurden auf 45 Werken 10.998.000 D. und 1927 auf 43 Werken 12.392.000 D. K.O. gefördert. Die Belegschaftsziffer war 1926 20.931 und 1927 21.819 Mann.

Im Eisenerz- und Metallergbergbau ist eine so günstige Entwicklung wie in der Kohlen- und Kaliumindustrie nicht festzustellen. Wir sehen hier auch, daß die Zahl der in der Förderung befindlichen Gruben immer geringer werde. Ebenso ist die Belegschaftszahl und Förderung zurückgegangen. Die Belegschaftszahl sank aber bedeutend mehr als die Förderung, so daß gegenüber einer Jahresleistung von 267 T. im Jahre 1913 das Jahr 1926 287 T. aufwies. Ähnlich ist die Entwicklung im Metallergbergbau.

Besondere Schwierigkeiten waren auch in der verflochtenen Geschäftsperiode in den Grenzgebieten festzustellen. Das Saargebiet, das auch jetzt noch unter französischer Verwaltung steht, hatte besonders 1927 unter Feierschichten, hervorgerufen durch Absatzmangel, zu leiden. Dieses ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in Deutschland selbst ein Ueberfluß an Kohle vorhanden war und ist. Zwar wird erst dann gründlich geholfen werden können, wenn das Saargebiet wieder in die deutsche Verwaltung und Kohlenwirtschaft zurückgeführt ist.

Auch in Niederschlesien machen sich erhebliche Schwierigkeiten bemerkbar. Durch eine Zusammenlegung der Betriebe ist es geglückt, eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Schwierigkeiten bestehen auch in Sachsen sowie im Aachener Steinkohlengbiet.

Alle diese Fragen spielten natürlich bei den Verhandlungen in den Gemeinwirtschaftskörpers, im Reichskohlenrat und -Kalkrat sowie in den Syndikaten eine bedeutende Rolle. Die Arbeitervertreter in diesen Körperschaften hatten es nicht immer so leicht, um ihren Einfluß zu verstärken und ihn richtig auszuüben zu können. Es kann aber gesagt werden, daß unsere Vertreter das Menschenmögliche getan haben, um die Interessen der Arbeitnehmer im Bergbau zu wahren. Bei der Beratung der Preisfragen für Kohle und Kalk haben sich die Arbeitervertreter immer von allgemeinerwirtschaftlichen Interessen leiten lassen und mehr als einmal verstanden, ihrer Auffassung Geltung zu verschaffen. Es muß aber gesagt werden, daß die Bestimmungen des Kohlen- und Kalkwirtschaftsgesetzes und deren Ausführungsbestimmungen vielen enthalten und, sobald es die politischen Machtverhältnisse gestatten, geändert werden müssen.

**Unsere Haltung im englischen Bergarbeiterkampf.**

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einiges über unsere Haltung während des großen Arbeitskampfes im britischen Bergbau im Jahre 1926-27 sagen. Die vorliegenden Anträge Nr. 38-41 wollen uns das Mittrauen ausdrücken und die Generalversammlung wird in den Anträgen Nr. 40 und 41 aufgefordert, einen anderen Vorstand zu wählen, der bereit ist, eine konsequente Arbeiterpolitik zu treiben. Ich habe schon gesagt, daß wir alle möglichen Mittel angewandt haben, um unsere britischen Kameraden durch die Abriegelung der Kohlenzufuhr nach England wirksam zu unterstützen. Jedenfalls sind unsere Bemühungen nicht ergebnislos gewesen. Wenn in den Anträgen zum Ausdruck kommt, daß wir die deutschen Bergleute zum Kampf hätten aufrufen müssen, dann muß man schon sagen, daß die Antragsteller sich der Tragweite ihres Verlangens nicht bewußt sind. Zunächst wäre es auch durch die Proklamierung eines Streiks gar nicht möglich gewesen, die Kohlenzufuhr nach Großbritannien wesentlich mehr einzuschränken, als es durch die von uns ergriffenen Maßnahmen geschehen ist. Dann muß aber auch bedacht werden, daß wir Tarifverträge haben, zu deren Innehaltung wir verpflichtet sind. Durch Proklamierung eines Generalstreiks im deutschen Steinkohlengbergbau hätten wir höchstens eine Niederlage für die deutschen Bergarbeiter erreichen können. Für das Gelingen des britischen Kampfes wäre dieses Mittel ungeeignet gewesen. Wir mußten leider auch feststellen, daß bei unseren deutschen Bergleuten nicht das Verständnis für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter vorhanden war, wie man das verlangen sollte. Einmal wurden um diese Zeit ungeheuer viel Uebergriffe verfahren. Dann war unsere Aufforderung zur finanziellen Unterstützung auch nicht von dem Erfolg gekrönt, wie wir es gewünscht hätten. Trotzdem war es uns möglich, 250.000 Mark für die britischen Bergarbeiter abzugeben. Jedenfalls haben wir alles getan, was in unseren Kräften stand, um die britischen Bergarbeiter zu unterstützen, und dies ist von dem britischen Bruderverbände auch dankbar anerkannt worden. Der Ausgang des englischen Kampfes und seine Folgen haben aber bewiesen, daß durch die Mittel, die die Unternehmer hüben und drüben anwenden, um der Kohlenkrise Herr zu werden, nichts erreicht wird. Weber hat die Verlängerung der Arbeitszeit noch die Kürze der Löhne in England die Kohlenkrise beseitigt, noch würden diese Mittel in Deutschland oder einem anderen kohleproduzierenden Lande dazu geeignet sein. Nach diesen Darlegungen dürften die Anträge 38-41 gegenstandslos sein.

**Internationales Wirken.**

Dieser große Kampf der britischen Bergarbeiter hat natürlich bei den Beratungen des Internationalen Komitees fortlaufend eine große Rolle gespielt. Leider war das Verhältnis zwischen dem britischen Bergarbeiterverbände und dem damaligen Internationalen Sekretär Hodges nicht ein solches, um ein ersprießliches Arbeiten zu ermöglichen. Sogar kam, daß der Sekretär des britischen Bergarbeiterverbandes, Kamerad Coot, mehr als einmal gegen die übrigen der Bergarbeiterinternationalen angeschlossenen Organisationen Stellung nahm und von der Auflösung der Bergarbeiterinternationalen sprach. Selbstverständlich haben wir uns gegen solche Angriffe gewehrt. Nachdem nun Hodges als Internationaler Sekretär ausgeschieden ist und der belgische Kamerad Delattre das Sekretariat übernommen hat, ist ein gedeihliches Zusammenarbeiten aller in der Bergarbeiterinternationalen zusammengeschlossenen Organisationen mehr und mehr zur Tat geworden. Dieses kam besonders auf dem Internationalen Kongreß in Nimes im Mai d. J. zum Ausdruck, wo es dem geschickten Zusammenarbeiten aller Delegationen gelang, fast nur einstimmige Beschlüsse zu fassen. Glücklicherweise hat der Internationale Kongreß beschlossen, daß die Vorarbeiten für die Herausgabe eines regelmäßig erscheinenden Mitteilungsblattes vom Komitee bald in Angriff genommen werden soll, und es wird Aufgabe unserer Vertreter im Komitee sein, dafür zu sorgen, daß dieses Mitteilungsblatt als wichtiges Bindeglied der Internationale bald erscheint und damit ein viel engeres Zusammenarbeiten in der ganzen Internationale erzielt wird.

**Sozialpolitische und arbeitsrechtliche Neuerungen.**

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung hat es in den beiden Berichtsjahren auch keinen Stillstand gegeben. Es sind ganz erfreuliche Fortschritte gemacht. Im Parlament wie auch in den Revieren mußte mancher harte Kampf ausgefochten werden. In der Krankenversicherung braucht man nur auf die Heraushebung der Versicherungsgrenze von 2700 auf 3600 Mark erinnern. Weiter an die Erhöhung des zu Grunde zu legenden Arbeitsentgelts bei Berechnung des Grundlohnes. In der Unfallversicherung soll nur an unsere Eingabe an den Reichsarbeitsminister und an den Arbeitsausschuß für Reform der sozialen Versicherungsgesetze hinsichtlich der Steinabblung der Bergarbeiter erinnert werden, die Sie im Jahrbuch 1927 veröffentlicht finden. Unser Vorgehen in dieser Sache ist, soweit bisher zu übersehen ist, fruchtbringend gewesen. Der Arbeitsausschuß des Reichsarbeitsrats hat beschlossen, die Steinabblung unter

die Verordnung vom 12. Mai 1925 zu bringen und damit als Berufskrankheit anzuerkennen.

In der Invalidenversicherung hat eine Erhöhung der Renten stattgefunden. Im letzten Jahre sind zwei höhere Klassen eingeführt worden und die Steigerungsbeträge in allen Klassen erhöht. Vor allen Dingen darf das Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenversicherung nicht übersehen werden. Es handelt sich hier um ein Gesetz von großer und weittragender Bedeutung, für das die Gewerkschaften jahrelang gekämpft haben.

Unsere ureigenste Versicherung, die Knappschafts-Pensionsversicherung, ist ja in Saarbrücken eingehend in Umfang, Leistung und Verfassung behandelt worden. Nachdem wir jetzt einen Ueberblick über die Auswirkung haben, kann man ruhig sagen, daß es in der Klasse nicht glänzend aussieht. Der Kreis der Zahlenden hat sich von Jahr zu Jahr verringert, während der Kreis der Rentempfeänger sich vermehrte.

Man kann von den Bergarbeitern nicht verlangen, daß sie nun alle Lasten, die Krieg und Nachkriegszeit mit sich gebracht haben, allein tragen und müßte es eigentlich Sache des Reiches sein, einen Teil dieser Lasten durch einen Reichsausschuß abzudecken. Es liegen dazu ja auch die Anträge 48 und 49 vor und ich bitte, diese als Material zu überweisen. Den Antrag 48a bitte ich anzunehmen.

Auf arbeitsrechtlichem Gebiete hatten wir in der Berichtszeit die Verabschiedung des Arbeitsgerichtsgesetzes zu verzeichnen. Dies Gesetz brachte die so dringend notwendig gewordene Vereinheitlichung der Rechtsprechung in Arbeitsfällen. Das Gesetz läßt die Bildung von Fachkammern zu. Wir haben uns gegen die Fachkammern ausgesprochen. Soweit uns bekannt ist, sind nur in Bayern Fachkammern für den Bergbau bei den Arbeitsgerichten eingerichtet. Die Betriebsräte wahlen 1927 und 1928 brachten unserem Verbands auf der ganzen Linie Erfolge.

**Es geht vorwärts, aber nur in Geschlossenheit und Disziplin.**

Wenn man dieses Teilergebnis betrachtet, dann sieht man, daß die große Mehrzahl der Bergarbeiter doch ganz genau weiß, daß der Verband die richtige Organisation für sie ist. Leider hält sich ein großer Teil nicht für verpflichtet, dieses auch durch die Mitgliedschaft im Verbands zu bekunden. Wohl hat uns die letzte Berichtsperiode den schon lange erwünschten Aufschwung gebracht. Dieser Aufschwung ist aber erst, und zwar in ganz minimaler Weise, im Jahre 1927-28 eingetreten. Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug im 1. Vierteljahr 1926: 187.723, im 4. Vierteljahr 1926: 184.275, im 1. Vierteljahr 1927: 194.740 und im 4. Vierteljahr 1928: 198.855.

Wir wollen hoffen, daß die weitere Entwicklung in diesem Jahre auch aufwärts geht und wir so in der Lage sind, die Schlagfertigkeit unseres Verbandes immer mehr zu fördern und auszubauen. Wenn die Entwicklung nicht so ist, wie wir es wünschen, so wird von kommunistischer Seite immer gesagt, daß das auf die Ausschlußpraxis des Verbandsvorstandes zurückzuführen sei. Wiederholt haben wir schon in der kommunistischen Presse lesen können, daß Massenaufläufe im Bergarbeiterverbande an der Tagesordnung wären. Wenn Sie das Jahrbuch 1927 zur Hand nehmen, dann finden Sie dort auf Seite 325, daß der Vorstand im Jahre 1926 gegen 47 Mitglieder wegen Disziplinlosigkeit und Verbandserschädigung und gegen 4 wegen Unterföhrung, also insgesamt gegen 51, den Ausschluß durchgeführt hat. Im Jahre 1927 wurde in nur 18 Fällen der Ausschluß beendet, davon wurde 1 Mitglied wegen Streibruchs, 14 Mitglieder wegen Disziplinlosigkeit und Verbandserschädigung und 3 wegen Unterföhrung ausgeschlossen. Von diesen 69 ausgeschlossenen wurden aber 9 Mitglieder, nachdem sie eine entsprechende Erklärung unterschrieben hatten, wieder aufgenommen. Es blieben also nur 60 wirklich ausgeschlossene Mitglieder übrig. Im ersten Halbjahr 1928 sind 12 Mitglieder ausgeschlossen worden, während gegen 10 Mitglieder auf Enthebung von ihren Ämtern, Ausschuß von den Mitgliederveranstaltungen und Erteilung einer Rüge entschieden wurde. Der Vorstand hat sich nur ungern zu diesen Maßnahmen entschlossen. Es war aber ein anderer Weg nicht mehr gangbar, denn Ordnung und Disziplin müssen in unserer Organisation sein, sonst können wir unsere Aufgaben nicht erfüllen. Solche Mitglieder, die an Sonderkonferenzen teilnehmen, die die kommunistische Parole herausgeben und durchzusetzen versuchen, die eine eigene Verbandstaktik einschlagen wollen und zu Disziplinbrüchen aufzufordern, müssen sich schon eine Organisation suchen, wo sie derartiges ungekräft tun dürfen. Wenn wir so vorgehen, dann deshalb, weil wir unseren Verband vor dem Schicksal der kommunistischen Union, nämlich dem völligen Verfall, bewahren wollen.

Die Anträge Nr. 54 und 55, die aus der kommunistischen Gewerkschaftszentrale stammen, verlangen, daß die Entschließung der Generalversammlung in Gießen wieder aufgehoben wird. Auch sollen alle Mitglieder, die nicht wegen krimineller Vergehen ausgeschlossen wurden, wieder aufgenommen werden. Die Zahlstellen, die diese Anträge auf Kommando angenommen haben, haben damit bewiesen, daß sie unwürdige sind. An eine Aufhebung der Gießener Entschließung ist nicht zu denken. Es liegt bei der kommunistischen Partei. Erst muß sie aufhören, in unsere Gewerkschaftsarbeit hineinzupfuschen, dann erst läßt sich darüber reden.

In diesem Zusammenhange möchte ich auf die Anträge Nr. 74 und 75 zurückkommen. In diesen Anträgen wird von der „Bergarbeiter-Zeitung“ und unserem Funktionärorgan „Verband und Wirtschaft“ eine andere Einstellung verlangt. Die Zahlstelle Katernberg beschwert sich über die Schreibweise der „Bergarbeiter-Zeitung“ gegen Andersdenkende und sagt, daß fast keine Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ erscheine, wo nicht in schlimmer Weise gegen die Kommunisten losgezogen würde. Unschönend lesen die kommunistischen Kameraden in Katernberg ihr eigenes Parteiorgan oder das Verbandsorgan nicht, sonst könnten sie derartige nicht schreiben. Die kommunistischen Zeitungen dürfen anscheinend nach Ansicht dieser Zahlstelle in jeder Nummer gegen unsere Verbandsleitung und die „Bergarbeiter-Zeitung“ losziehen, ohne daß wir uns dagegen wehren dürfen. Ich habe hier wieder einen Auszug aus dem „Ruhr-Echo“, umfassend die Nummern vom 1. Oktober 1927 bis 1. Mai 1928. In diesen Monaten hat sich dieses kommunistische Blatt, nur um die wichtigsten Sachen auszuwählen, in 45 Artikeln mit unserem Verbands und seiner Leitung befaßt. Es wird in der üblichen Weise gegen die reformistischen Führer, gegen die Susemann und Susemann losgezogen. Man spricht von Verrat, Verrätern, Betrug, Betrosungen usw. Wenn wir uns dann gegen solche Schreibereien und Beleidigungen wehren, dann paßt das unseren kommunistischen Kameraden nicht. Wir nehmen uns nur in den seltensten Fällen. Alles kann man aber nicht hingehen lassen und ich sage: sollten der Vorstand und die Redaktion wiedergewählt werden, dann werden beide Stellen auch in der kommenden Zeit das Unsehe und die Ehre des Verbandes und seiner Leitung gegenüber den kommunistischen Kampfmethoden zu verteidigen müssen.

**Wir und die Politik.**

In der letzten Zeit hat man sich besonders darüber ausgehalten, daß unser Verbandsorgan zunächst den Aufruf des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur

Reichstagswahl brachte, in dem die Gewerkschaftsmitglieder aufgeföhrt wurden, am 20. Mai diejenige Partei zu unterstützen und zu wählen, die bisher am wirksamsten die gewerkschaftlichen Forderungen vertreten habe, nämlich die Sozialdemokratie. Ferner hat man sich darüber aufgeregt, daß die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“ aus eigenem heraus diese Parole herausgegeben hat. Einzelne kommunistische Mitglieder und Bahstellen sind der Meinung, daß der Verband auch dann dazu auffordern müßte, kommunistisch zu wählen. Dazu möchte ich kurz folgendes sagen: Unser Verband ist parteipolitisch neutral. Aber er hat ein Interesse daran, daß bei den politischen Wahlen eine Stärkung des sozialistischen und proletarischen Einflusses eintritt. Man kann von uns nicht verlangen, daß wir zur Wahl einer Partei auffordern, die uns fortlaufend systematisch und in der gemeinsten Weise bekämpft, nämlich der kommunistischen Partei. Da die Sozialdemokratische Partei auch für die Bergarbeiterforderungen immer wirksam eingetreten ist, so kam für uns nur diese Partei in Frage und wir freuen uns, daß in den Bergbaubezirken fast überall ein namhafter Stimmenzuwachs für die Sozialdemokratische Partei zu verzeichnen war.

Jugend und Bildung.

Aus meinen Ausführungen und aus den vorgelegten Jahrbüchern geht hervor, daß die Aufgaben unseres Verbandes sich fortgesetzt steigern und muß es deshalb auch unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß der notwendige Nachwuchs herangebildet wird. Schon in Saarbrücken habe ich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Jugendbewegung in allen Bahstellen und Bezirken zu fördern. Viel ist in dieser Zeit geschaffen worden, aber noch viel mehr bleibt zu tun übrig.

Mit der Jugendbewegung hängt unser Bildungswesen zusammen. Die in die Bewegung Hineinkommenden und vor allem unsere Funktionäre werden heute vor Aufgaben gestellt, die sie nur erfüllen können, wenn sie eine gute Schulung durchgemacht

haben. Deshalb haben wir auch schon durch Veranstaltung von Kursen die Bildungsbestrebungen zu fördern versucht. Wir schicken regelmäßig Schüler zur Arbeiterakademie, zu den Wirtschaftsschulen Düsseldorf und Berlin und zum Volkshochschulheim nach Tinz und anderen Bildungstätten. Im nächsten Jahre wird die erste Bildungsschule des MGB. vollendet und dem Betriebe übergeben werden. Eine zweite wird dann im Westen, vielleicht am Rhein, gebaut werden und ist es dann, wenn diese beiden Schulen erst mal in Betrieb genommen sind, auch unserem Verbande möglich, viel mehr für die Ausbildung unserer Funktionäre zu tun als bisher.

Das Mandat legen wir in Ihre Hände zurück...

Ich habe nunmehr versucht, ein knappes Bild von der Tätigkeit unseres Verbandes und seiner Organe in den letzten zwei Jahren zu geben. Sie können versichert sein, daß wir allesamt unsere Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Diese Tätigkeit war nicht immer angenehm und wir haben bei den Verhandlungen mit Unternehmern und Behörden mehr als einmal gesehen, wo Säden in unserem Rücken waren, und versucht, sie auszumerzen. Es wird Aufgabe des neu zu wählenden Vorstandes sein, unsere Verbandsverwaltung weiter zu vervollkommen und so unseren Vertretern immer stärker die Möglichkeit zur wirksamen Vertretung der Bergarbeiterinteressen zu geben. Bei unserer Arbeit haben wir auch in der hinter uns liegenden Berichtsperiode die wirksame Unterstützung unserer Funktionäre und Mitglieder gefunden. Es ist mir ein Bedürfnis, allen unseren Angestellten, Funktionären und tatkräftigen Mitgliedern den Dank der Verbandsleitung auszusprechen.

Das Mandat, welches uns die Generalversammlung in Saarbrücken gegeben hat, legen wir nunmehr in Ihre Hände, in die Hände der Beauftragten unserer Mitgliedschaften, zurück. Sie sind verpflichtet, unsere Tätigkeit gewissenhaft zu prüfen und dann Ihr Urteil zu fällen.

eine Zeit unheiliger politischer Wirren; die Todesstrafe wird praktisch wahrscheinlich schon jetzt aufgehoben werden, bis sie bei der Reform des Strafrechts gesetzlich beseitigt wird. Dem Appell der Reichsregierung an die Länder, generell bei Todesurteilen zu begnähigen, werden sich die Länder wohl nicht entziehen. Ob die Frage der Feier des Verfassungstages noch erledigt wird, bleibt abzuwarten.

Das Regierungsprogramm im ganzen ist ein Bekenntnis zu ehrlicher Völkerverständigung, und es kann der Rahmen sein für notwendigen sozialen Fortschritt, der um so größer sein wird, je stärker sich die Macht der Schaffenden im Lande entwickelt. Mit dieser Regierung kann man etwas machen. Macht es, ihr Schaffenden!

Treibt sie vorwärts auf dem Weg zur sozialen Demokratie, indem ihr eure Organisationen und ihren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung stärkt!

Der Auftakt zur Neuregelung der Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Die Funktionäre und Betriebsräte des Bergarbeiterverbandes im Borna-Grimmaer Kohlenrevier hatten sich am 1. Juli, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus zu Borna zu einer Konferenz versammelt, um über die Arbeitszeit zu beraten. Im Mittelpunkt dieser Konferenz stand das Referat des Kameraden Schindler. Er gab einen Überblick über die Entwicklung der Arbeitsverhältnisse im hiesigen Bezirk. So konnte er auf Grund der Tatsachen beweisen, daß sich die Arbeitsverhältnisse nach dem großen Zusammenbruch von 1923 in dem Maße für uns verbesserten, wie der Verband gestärkt wurde. Es sei an die Arbeitszeitverkürzungen vom September 1925, Dezember 1926 und April 1927 sowie an den Sieg der mitteldeutschen Bergarbeiter im Oktober 1927 erinnert. Seit dieser Bewegung hat der Verband im mitteldeutschen Kohlengebiet einen großen Aufschwung zu verzeichnen. Die Kräfte, die sich während dieser Zeit innerhalb des Verbandes gesammelt haben, seien schlagkräftiger als je zuvor. Diese Machtverhältnisse werden auch seitens der Kohlenbarone nicht verkannt. Mit allen Mitteln wird von dieser Seite gearbeitet, um den Krampf einzufüllen, wie dies aus den einzelnen Zeitschriften, die gratis vom Unternehmer, trotz der „hohen Sozialkosten“, an die Belegschaften verteilt werden, hervorgeht. Es sei an dieser Stelle auf die Zeitschrift „Deutsche Wacht“ verwiesen, worin man versucht, die Darstellung unseres Vorsitzenden Hufemann, die er zurzeit auf der Revierkonferenz an der Ruhr am 22. Januar d. J. gemacht hat, zu verunglimpfen. Doch gibt man zu, daß seine Behauptungen richtig waren. So sich auch der Förderanteil je Mann und Schicht wesentlich gehoben hätte, könnte man doch nicht die Schlussfolgerung ziehen, wie das die „Hufemänner“ machen, daß sich auch die Löhne und Arbeitsverhältnisse für den Arbeitnehmer bessern müßten, sondern zu der Einsicht kommen, wie der englische Bergarbeiter, den roten Spul von sich abzuschütteln (nach Ansicht der Unternehmer) und zu dem Grundfab zurück: tapfer durchzuhalten, das Unternehmen hochzubringen, und der Lohn seitens des Arbeitgebers zum Wohle der Arbeiter würde dann auch nicht ausbleiben. Auf diesem Gebiete hat die Arbeiterschaft ja bitterböse Erfahrungen gemacht. Jahrzehntelang war sie ein williges Werkzeug der Unternehmer, man schlug großen Profit heraus, und das Unternehmen stand nicht allein gut da, sondern dem Unternehmer selbst ging es noch viel besser. Das graue Elend schrie andererseits aus den Proletariatskütten, trotz der langen Arbeitszeit. Von einem vernünftigen Familienleben konnte überhaupt keine Rede sein, weil der Familienwater mehr auf der Beche war als zu Hause. Nur die geringsten Bedürfnisse konnte er befriedigen. Für Mitteldeutschland ist auch die jetzt bestehende Arbeitszeit unerträglich, und mit Recht wird der Ruf von den Belegschaften nach einer Verkürzung der Arbeitszeit erhoben.

In diese Ausführungen schloß sich eine sachliche Diskussion. Alle Redner forderten sobald wie möglich eine Verkürzung der Arbeitszeit. Von einem „Wollen und Gelingen“ waren die Ausführungen der Konferenzteilnehmer getragen. Folgende Entscheidung gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die Funktionär- und Betriebsrätekonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Borna-Grimmaer Kohlenrevier, die am 1. Juli im Volkshaus zu Borna tagte und von 72 Delegierten besucht war, beschließt und beauftragt den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, zum nächstzulässigen Termin, und zwar am 15. August d. J., das Arbeitszeitabkommen für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu kündigen. Innerhalb der Kündigungsfrist Verhandlungen anzubahnen, damit beim Ablauf der Kündigungsfrist am Vierteljahrschluß eine endgültige Stellung eingenommen werden kann. Die Organisation hat ferner alle ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel in die Waagschale zu werfen, um eine Verkürzung der unmenslich langen Arbeitszeit zu erreichen und dafür Sorge zu tragen, daß endlich der Achtstundentag eingeführt wird. Die Braunkohlenarbeiter werden in diesem Kampfe nur die Parole des Bergarbeiterverbandes befolgen und als maßgebend crachten. Die übrigen Organisationen, die an einer Verkürzung der Arbeitszeit mit interessiert sind, haben im Interesse der Braunkohlenarbeiter diese Entschließung als ihre eigene zu betrachten.“

Ueber Organisationsfragen referierte der Kamerad Steffens. Der Stand unseres Verbandes kann im allgemeinen als gut bezeichnet werden. Von Mitteldeutschland steht der Unterbezirk Borna-Grimma mit an erster Stelle. Diese Aufwärtsentwicklung ist lediglich auf die rührige Mitarbeit der Funktionäre zurückzuführen. Trotzdem seien noch 30 Prozent der Braunkohlenarbeiter unorganisiert. Jetzt gilt es, auch an diese heranzutreten, um sie in die Reihen der organisierten Kämpfer einzugliedern. Arbeit und Mühe dürfen nicht gescheut werden, wollen wir die Wirtschaftsprobleme in unserem Sinne lösen.

Das organisierte Flechtwerk der Unternehmer — denn anders kann man es nicht bezeichnen — innerhalb der Wirtschaft wurde ausföhlich behandelt, ebenso wie Fabriken aufgekauft und dann stillgelegt werden (siehe Kleinzeitschriften). Auf Grund dessen will man die Preisgestaltungen regulieren, um als unbeschränkter Herrscher im deutschen Wirtschaftsleben auftreten zu können. Wir als Gewerkschafter dürfen speziell diese Fragen nicht aus den Augen verlieren. Die organisierte Macht und der gewerkschaftliche Kampf muß sich für die Zukunft auf diesem Gebiete konzentrieren.

Zu diesen Ausführungen sprachen über 20 Delegierte und war man sich einig darin: der Verband muß gestärkt werden! Verschiedene Redner verlangten, daß eine Werbewoche veranstaltet werden soll. Ein diesbezüglicher Antrag wurde einstimmig angenommen, daß in der Zeit vom 15. bis 21. Juli für den hiesigen Bezirk eine Werbewoche für unseren Verband durchgeführt wird. Mit einem „Stück auf!“ zu dem edlen Wettbewerb beendete Kamerad Steffens seine Schlussausführungen.

Eine neue Reichsregierung.

Nach langem Hängen und Wägen ist eine neue Reichsregierung zustande gekommen, die, wie die „Germania“ schreibt, „noch keine große Koalition ist, es aber im Herbst werden soll“.

Der Wahlausfall vom 20. Mai gab dem Reichstag einen Aufbruch nach links. Weil Zentrum und Demokraten erheblich verloren, war eine „Weimarer Koalition“ nicht möglich. Die Sozialdemokratie erhob als stärkste Fraktion den Anspruch auf Bildung und Führung der Regierung, der ihr ernsthaft auch von keiner Seite streitig gemacht wurde. Um so energischer waren die Anstrengungen der Deutschen Volkspartei, die Verhandlungen um die Große Koalition zu erschweren und zum Scheitern zu bringen. Die Sozialdemokraten verzichteten ihrerseits darauf, eine Liste von Forderungen aufzustellen, die zur Grundlage der Regierungsarbeit gemacht werden sollten. Sie wollten sich mit Verhandlungen begnügen über bestimmte Grundfragen, um festzustellen, ob überhaupt ein Zusammenarbeiten von Volkspartei und Sozialdemokraten in einer Regierung möglich sei. Die Volkspartei sollte von so mehr Forderungen und dazu solche, die eine Einigung unmöglich erscheinen ließen: Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers, gleichzeitige Regierungsumbildung in Preußen usw. Die Verhandlungen scheiterten, die Volkspartei schied aus, nachdem Stresemann sie vergöblich zum Nachgeben gedrängt hatte. Schon schien eine Regierung aus führenden Leuten der für die Große Koalition in Frage kommenden Parteien gesichert, als das Zentrum neue Schwierigkeiten machte, indem es für Dr. Wirth die Wiederbeschaffung des Vizetanzlerpostens verlangte. Auf die sonderbaren Vorgänge dieser letzten Tage der Regierungsbildung, die Rolle Stegwalds und Wirths hier einzugehen, liegt keine Veranlassung vor. Das Zentrum ließ nur Herrn von Guérard in die Regierung eintreten, ist aber, wie die oben zitierte Darstellung der „Germania“ zeigt, willens, im Herbst die offizielle Große Koalition bilden zu helfen. Von der Volkspartei blieben Stresemann und Curtius in der Regierung; neben Müller als Reichskanzler stellten die Sozialdemokraten Hilferding als Finanzminister, Severing als Innenminister und Wiffell als Reichsarbeitsminister.

Die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums begegnete bei den Sozialdemokraten gewissen Bedenken, die eine Widerpiegelung weitverbreiteter Auffassung in Arbeiterkreisen war. Trotzdem war die Uebernahme des Ministeriums durch einen Sozialdemokraten notwendig und richtig. Es gibt kein Ministerium, so wichtig und verantwortungsvoll es auch sei, das eine Partei von der Stärke und Bedeutung der Sozialdemokratie ablehnen dürfte. Christliche Gewerkschafter hatten in Telegrammen an ihre Partei verlangt, daß das Zentrum der Sozialdemokratie das Arbeitsministerium „zur vollen Verantwortung“ überlassen solle, weil sie, besonders im Wahlkampf, den Arbeitsminister Dr. Brauns gehässig angegriffen hätten. Wenn man prüfen wollte, wer Brauns sachlich und persönlich am meisten angegriffen hat, so würde sich ergeben, daß das nicht Sozialdemokraten, sondern christliche Gewerkschaftsführer, wie Imbusch, ja ganze große Konferenzen christlicher Gewerkschaften waren! Auch wir haben Brauns mehr wie einmal angreifen müssen, wenn seine Rücksicht auf die sogenannte „Wirtschaft“ größer war als die Sorge für die Existenz der Arbeiter. Aber die Ehrlichkeit gebietet, anzuerkennen, daß Brauns in acht Jahren seiner Ministertätigkeit einen sozial-fortschrittlichen Zug beibehalten und manche Arbeiterforderung gegen die Unternehmer vertreten und durchgesetzt hat mit Hilfe einer Reichstagsmehrheit, die sich oft bunt zusammensetzte: Ein paar Nationalsozialisten, Wirtschaftler, Demokraten, Sozialdemokraten, manchmal auch die Kommunisten machten die Kompromisse, die zwischen Unternehmer- und Arbeiterwünschen geschlossen wurden. Es hätte mehr sein können, aber das Ergebnis solcher Beratungen hängt ja immer von den Parteien im Reichstag ab. Solange nur eine Minorität im Reichstag sich aus Arbeitervertretern zusammensetzt, kann man nicht erwarten, daß dort befriedigende Arbeiter- oder gar sozialistische Politik gemacht wird. Wir sind aber der Ueberzeugung, daß Wiffell sein Ministerium mindestens so fortschrittlich leiten wird, wie Dr. Brauns. Die christlichen Arbeitervertreter werden bald genug Gelegenheit haben, entsprechend ihren bisherigen Forderungen den sozialdemokratischen Arbeitsminister im Reichstag gegen die Unternehmervertreter zu unterstützen!

Es liegt auf der Hand, daß unter den obwaltenden Umständen auch das Programm des neuen Reichskanzlers ein Kompromiß sein mußte. Letzten Endes kommt es ja auch nicht so sehr auf dies Programm an, als auf den Willen und die Kraft der Männer in der Regierung, fortschrittliche und soziale Politik zu machen! Aber auch die lange Regierungserklärung enthält manches für die deutsche Arbeitnehmerschaft wichtige Versprechen.

Senkung der Zolltarife

durch internationale Vereinbarungen und eigene Zollsenkungen stellt sie in Aussicht.

Sicherung eines angemessenen Reallohnes

hält sie für notwendig und sie will deshalb die Preisgestaltung beeinflussen und zu diesem Zweck sich mehr

Ueberblick und Einblick in die monopolistischen Kartelle und Trusts

verschaffen. Die Kartell- und Monopolgehgebung soll insbesondere nach der Richtung der Einbeziehung der den Markt bescheidenden Großunternehmungen erweitert werden. Die Bestrebungen, den inneren Vorgängen der großen Unternehmungen eine größere Öffentlichkeit zu geben, will die Regierung unterstützen. Den

Verhältnissen im Steinkohlenbergbau

will sie besondere Beachtung schenken und an der internationalen Regelung dieser Fragen mitarbeiten. Die Herausbildung eines ausreichenden Stammes von Facharbeitern durch Regelung der Berufsausbildung bezeichnet sie als notwendig. Der endgültige Reichsarbeitsrat soll baldigst gebildet werden, von ihm erwartet sie Vorschläge zur Ausführung des Artikels 165 der Reichsverfassung mit dem Ziel einer

steigenden Mitbeteiligung der Arbeitnehmer

an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Die Regierung beabsichtigt die

Ratifizierung des Washingtoner Abkommens

über den Achtstundentag, die baldige Verabschiedung des

Arbeitschutzes und des Bergarbeiterchutzes.

Schutz der Jugendliden, Regelung der Arbeitsaufsicht, Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts bezeichnet sie als weitere Aufgaben. Die Krisenunterstützung soll beibehalten und für ältere Arbeiter und Angestellte über die bisherige Dauer verlängert werden. Die Reichsversicherung soll vereinfacht, die Unfallversicherung ausgedehnt werden. Das Los der Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen soll gebessert und die Kleinrentnerhilfe umorganisiert werden. Besondere Sorgfalt soll dem Wohnungsbau zugewandt werden und vorzugsweise dem Bedürfnis der unemittelten und kinderreichen Familien Rechnung getragen werden. Neubauwien sollen auf einer erträglichen Höhe gehalten, dem Ansteigen der Bodenpreise und unberechtigten Gewinnen entgegen gewirkt werden. Die Frage der Steuerentlastung für mittlere Einkommen wird in der Erklärung vorsichtig behandelt, die

Senkung der Einkommensteuer

bis zu 8000 Mark Einkommen und die Lohnsteuerentlastung wird als vordringlich bezeichnet.

Die Parteien, welche die Landwirtschaft, die Schulfrage und die Finanzfragen betreffen, lassen wir hier aus. Uns interessieren an dieser Stelle vornehmlich die Fragen, die direkt und indirekt in erster Linie den Arbeitnehmer, sein Leben, seine Existenz betreffen. In diesen Fragen enthält die Regierungserklärung eine Menge Versprechungen, eine Menge aufgezeigter Möglichkeiten. Aber nicht, was die Regierung will, ist letzten Endes entscheidend, sondern was der Reichstag will. Da wird es heiße Arbeit für die Arbeitervertreter geben, denn

auch dieser Reichstag ist kein Arbeitnehmerreichstag

in dem Maße, wie er es nach Zahl und Bedeutung der Arbeitnehmer sein könnte! Bevor der Reichstag auseinandergeht, wird er durch ein Manifest gegen einen Schlusssitz machen unter

# Haus und Leben

## Jean Jaques Rousseau.

Am 2. Juli jährte es sich zum 150. Male, daß einer der größten Franzosen aller Zeiten, der hervorragende Gesellschaftskritiker und Revolutionär auf dem Gebiete der Pädagogik, Jean Jaques Rousseau die Augen für immer schloß. Das Eindringen in die Ideenwelt Rousseaus gibt uns tiefe Einblicke in die gesellschaftlichen Zustände des 18. Jahrhunderts, in dessen letztem Jahrzehnt das gewaltige Ereignis der französischen Revolution den Erdball erschütterte. Rousseau war einer der geistigen Wegbereiter dieser Revolution, und so gewaltig war sein Denken und Forschen, daß auch die heutige Zeit noch von ihm befruchtet wird. Viele Gedankengänge der Menschheitsentwicklung von Weimar lassen sich auf Rousseaus staatswissenschaftliches Werk „Der Gesellschaftsvertrag“ (Contrat social) zurückführen. Rousseau gehört auch unbedingt in die Reihe der Vorkämpfer des Sozialismus, und insofern sind seine Ideen auch für die Arbeiterklasse interessant.

Rousseau lebte in seiner Lebenszeit, da die gebundene Wirklichkeit des Mittelalters bereits gesprengt, die Fesseln des Feudalstaates gelockert und die unbedingte geistige Autorität der Kirche durch die mächtig aufblühende Naturwissenschaft bedenklich erschüttert war. Neue staatliche und gesellschaftliche Formen hatten sich auf dem Kontinent noch nicht in voller Reife entwickelt. Zu mächtig und durch jahrhundertelange Tradition zu tief eingewurzelt war das Feudalsystem, dessen letzte Reste sich sogar bis in die heutige Zeit hinübergerettet haben.

Den geistigen Befreiungskampf, der um die damalige Zeit geführt wurde, fassen wir heute unter dem einheitlichen Begriffe „Aufklärung“ zusammen. Das Wesen der Aufklärung war das Bestreben, den menschlichen Geist aus den Fesseln der Theologie zu lösen und mit Hilfe der menschlichen Erkenntnis alle Zusammenhänge in der Natur zu erklären. In der menschlichen Vernunft sah man die letzte Instanz, die alle Weltirrtümer zu lösen imstande sei. Der Glaube an Gott, der mit seiner Allmacht die Welt lenkte, trat nunmehr zurück vor dem Glauben an das vernunftbegabte Menschenwesen, der Kraft der individuellen Persönlichkeit. Es sind dies die geistigen Grundlagen der bürgerlichen Kultur, des Liberalismus, der kulturelle Neerbau der zur damaligen Zeit allmählich sich entwickelnden kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Trotzdem der Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch in den Kinderschuhen steckte, zeigten sich bereits in der kräftigsten Weise die Schäden einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der das Interesse des Einzelnen über die höchste Wohlfahrt der Gesamtheit gestellt wurde. Dem materialistischen und kapitalistischen Geiste dieser Zeit erlag ein genialer Kritiker in der Persönlichkeit Jean Jaques Rousseaus.

Rousseau war 1712 in Genf geboren. Seine Eltern lebten in kleinbürgerlichen Verhältnissen. Die Mutter starb bei der Geburt des Knaben. Die Erziehung, die er im ersten Lebensjahrzehnt unter der Obhut des Vaters genoss, wirkte in wenig vorteilhafter Weise auf die Entwicklung des Knaben ein. Noch ein halbes Kind, verließ Rousseau seine Vaterstadt Genf, um in der großen Welt sein Glück zu suchen. Eine Anzahl von Verufen hat Rousseau absolviert, ohne in einem die erhoffte Befriedigung zu finden. Er war Stadtschreiber und Kupferstecher. Ein Versuch, auf musikalischen Gebieten die Palme des Sieges zu erringen, mißlang. In Paris lebte er als Notenabschreiber, später Gehaltssekretär in Weisheit. Rousseau suchte und fand die Verbindung zu den Persönlichkeiten der gebildeten Welt, insbesondere die Bekanntschaft mit einflussreichen und hochgestellten Frauen brachte ihm manchen Erfolg. Dabei hatte er aber nie das Glück, mit einem Menschen dauernde Freundschaft zu schließen. Der Argwohn des mit den Vorurteilen und Schwächen des Kleinbürgers behafteten Menschen ließ ihn niemals los und sah überall Feindschaft und Verfolgung. Er benutzte aber jede Gelegenheit, um seine mangelhafte Bildung zu vervollkommen und immer tiefer in die Welt des Geistes einzudringen.

Nach weiteren Versuchen, sich wissenschaftlich zu betätigen, wurde Rousseau durch den Schriftsteller Diderot auf eine von der Akademie Dijon gestellte Preisaufgabe aufmerksam gemacht. Er beteiligte sich an dem Wettbewerb mit einer Arbeit über „Die Wissenschaften und Künste“ und erhielt dafür den Preis. Es war

die Frage gestellt, ob die Erneuerung der Wissenschaften und der Künste dazu beitragen habe, die Sitten zu verbessern und zu reinigen. Mit der ganzen Schärfe seines Geistes führt Rousseau den Schlag gegen die herrschenden Auffassungen und sucht zu beweisen, daß Wissenschaft und Kunst die Menschen nicht glücklicher gemacht haben. Die Welt des Verstandes und der Kultur liege abseits vom wirklichen Leben des Volkes und sei nur eine Gelegenheit der sogenannten „guten Gesellschaft“ geworden. Die Welt des Verstandes kenne nicht den Reichtum des Gefühlslebens der Persönlichkeit. Die Kritik an der Kultur führt Rousseau zur Ablehnung der Kultur überhaupt. Sein Wille ist: „Zurück zur Natur“ im Sinne von Natürlichkeit, Einfachheit und Unverdorbenheit des Herzens. Das Kulturleben habe die Bedürfnisse der Menschen unerwünscht gesteigert. Die Nichtbefriedigung der Bedürfnisse führe zu Haß und Neid in der Gesellschaft. Die Zurückführung der Bedürfnisse auf ihr natürliches Maß werde die Menschen freier und glücklicher machen.

Bei Beteiligung an einer zweiten Preisaufgabe untersucht Rousseau die Ursache der Ungleichheit unter den Menschen und inwieweit diese durch Naturgesetz gerechtfertigt ist. Die in der ersten Preisdarstellung entwickelten Gedankengänge werden hier in logischer Weise fortgesetzt. Mit schärfster Kritik wendet er sich gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem gegen das Privateigentum als Hauptursache der Ungleichheit. „Der erste, der ein Stück Feld einäunte und dann zu sagen sich anmaßte: dies gehört mir, und auch Leute fand, die einfältig genug waren, es zu glauben, wurde der eigentliche Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Was für Verbrechen, Kriege, Mordtaten, was für Elend und entsetzliche Dinge wären dem Menschen geschleht erspart geblieben, wenn jemand die Früchte ausgraben und ansgewürten hätte: „Dürrt euch, auf diesen Betrüger zu hören! Ihr seid verloren, wenn ihr vergeht, daß die Früchte für jedermann da sind und daß der Erdboden niemandes Eigentum ist.“ Zurück zur Natur“ lautet auch hier die Forderung Rousseaus, das heißt, zurück zu den ursprünglichen Zuständen und Eigentumsverhältnissen.

Wenden wir uns kurz der Betrachtung des staatspolitischen Hauptwerkes Rousseaus, dem „Gesellschaftsvertrag“ zu. Der „Contrat social“ ist ein Bild des idealen Staates, ein Versuch, über die negative Kulturkritik hinauszukommen und positive Vorschläge zur Weltgestaltung zu machen. Rousseau ist der erste, der den Gedanken der Volkssouveränität vertritt, und er führt damit einen vernichtenden Schlag gegen den Feudalstaat, das absolute Königtum „von Gottes Gnaden“. Beim Eintritt in die Gesellschaft haben die Menschen sich freiwillig einen Vertrag abgeschlossen und haben auf einen Teil ihrer Freiheit und ihrer Rechte zugunsten der Gesamtheit verzichtet. Wenn der absolute König seine Rechte also vertragsgemäß und nicht „von Gottes Gnaden“ hat, so liegt der Gedanke nahe, daß der Vertrag lösbar und das Volk seine ursprünglichen Rechte wieder für sich in Anspruch nehmen kann. Sinn der Forderung Rousseaus ist also die demokratische Republik, in der die letzte Quelle der Staatsgewalt der Gemeinwille des Volkes ist.

Bei der Umgestaltung einer gesellschaftlichen Ordnung kommt es vor allen Dingen darauf an, den Menschen für die neue Ordnung zu erziehen und geeignet zu machen. Rousseau schreibt uns sein Erziehungsideal in seinem Roman „Emile“. Er glaubt, daß der Mensch von Natur gut und nur durch die gesellschaftlichen Verhältnisse verdorben worden sei. Durch eine sorgfältige und überlegte Erziehung sind die Schäden, die die Gesellschaft im

menschlichen Charakter herbeigeführt hat, auszumerzen und die Menschen nach den Grundgesetzen der Vernunft und des natürlichen Gefühls zu gebildeten Wesen zu erziehen.

Gewaltig sind die Ideen Rousseaus, und wie ein Janus leuchteten sie in das Dunkel seiner Zeit. Große Pädagogen, wie Pestalozzi, sind sichtbar von seinen Gedanken befruchtet worden. Nicht auch die herrschende Gesellschaft, Adel und Geistlichkeit gegen Rousseaus Stellung, indem man ihn fallen ließ und seine Schriften verbrannte, sein Geistes konnte nicht untergehen. Als Rousseau starb, war der Boden genügend gelockert, und ein Jahrzehnt nach seinem Tode brach die gewaltige Revolution aus, die einen Teil seiner Ideen der Bewirklichung nahebringen sollte. Der Schladkrampf der französischen Revolution: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ ist aus dem Geiste Rousseaus geboren, und der Verfassung des Konvents von 1793 hat sein „Gesellschaftsvertrag“ als Muster gedient.

In die Reihe der großen Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens gehört auch Jean Jaques Rousseau. War er doch der erste, der die gesellschaftsantwärtende Tendenz des Privateigentums erkannt hatte und damit den Boden vorbereitete für eine fruchtbare Gesellschaftskritik, die dann von Saint Simon, Fourier und Owen fortgeführt wurde und schließlich in den wissenschaftlichen Sozialismus Marx' und Engels' einmündete. Rousseau anerkannte auch das Recht des souveränen Staates, sich im Augenblick der Not allen Besitzes zu bemächtigen. Der Klassenkampf des Proletariats als Mittel zur Beseitigung des Privateigentums war ihm noch nicht bekannt. Die gesellschaftliche Entwicklung hatte noch nicht zur Bildung eines starken und selbstbewußten Proletariats geführt, daß Rousseau in ihm die aufsteigende Klasse hätte erkennen können. In seinem Kampfe gegen das Privateigentum und für die demokratische Republik liegt die geschichtliche Bedeutung der Wirksamkeit Rousseaus vom Standpunkt der Arbeiterklasse. — Darüber hinaus sind auch heute noch einige der philosophischen und pädagogischen Gedanken des großen Franzosen interessant und wertvoll genug, zur Diskussion gestellt zu werden: die Heberhebung der Verstandeskultur, der Einfluß der irrationalen menschlichen Kräfte im gesellschaftlichen Geschehen, die Beschränkung der Bedürfnisse auf ein natürliches Maß, als Notwendigkeit für die Durchföhrung einer sozialistischen Wirtschaftsweise, die Erziehung des Menschen und die volle Entfaltungsmöglichkeit persönlicher Fähigkeiten zum Wohle der Gemeinschaft.

## Waldesfrieden.

Du liegst einjam am Waldesrande und träumst. Bist du einjam? Nein, du bist nur mit a d e r e m Leben zusammen als sonst. Wenn wir an freien Tagen die große Welt einmal meiden, um da in Stille drauhen zu leben und sammelt zu lassen den Geist, dann ist die Umwelt nur anders.

Einjamkeit ist Gesellschaft. Ja, Gesellschaft innigster Art. Wir lieben das Leben, das da um uns ist, wenn wir einjam sind dort am Walde drauhen. Geborgen fühlen wir uns da am Waldesrand. Das große Zueinander des Waldes, an das wir uns schmiegen, macht uns ruhig. Und die Schmetterlinge da auf der Wiese vor uns flattern so lieblich und friedlich hin und her und her und hin, als wollten sie zeigen: wir sind Herren des Lebens; wir sind Künstler des Seins.

Und so nimmt uns das Leben da drauhen gefangen, und während wir glauben, dort einjam zu sein, stehen wir im Banne dieses urwüchsigen, unverdorbenen Lebens. Wir fühlen den einen Odem dieses schönen Naturlichen, und all das Zeriffene und Suchende in uns bindet sich zu einem harmonischen Gefühl. —

Darum bei aller Freude und allem Gesange und allem gemeinschaftlichen Genießen: auch das Schweigen da drauhen hat seinen Bildungswert. Auch das stille Ruhen am Walde oder das stumme Schreiben durch Licht und Grün. Da lauschen wir den Tiefen des Lebens, dem Urquell des Seins, und da fühlen wir, daß das Leben in seiner tiefsten Tiefe nur brüderliche Feier ist und Innigkeit.

**Kameraden!**

Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die

**28. Woche**

8.—14. Juli

fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

## Arbeit und Wille.

Der Wille ist uns ein Lebenselement. Immer wieder haben ihn die Philosophen in dieser seiner Bedeutung für das Leben beschrieben und die Dichter besungen, und doch stehen wir in noch größerem Staunen vor dieser Lebenskraft, die da Wille heißt, durch die Feststellungen moderner Wissenschaft.

Es gibt eine Erzählung aus dem alten Griechenland, die Erzählung von dem Läufer Marathon. Da bei Marathon hatten die Athener über die Perser gesiegt, und in höchster Freude wollte der Läufer in schnellster Weise die Kunde nach Hause bringen, nach Athen. Und so eilte er ohne Rast, und er eilte und eilte über seine Kraft, nur von seinem Willen getragen. Und als er angekommen und sein solches „Wir haben gesiegt!“ gesprochen, da fiel er tot um. Er hatte mehr geleistet, als je seine Kräfte vermochten. Doch solange sein Wille ihn trieb, als je sein Leben seinem Willen, bis er mit der Erfüllung des Willensdrangs hinsank.

Daß solche Leistungen des Willens tatsächlich möglich sind, hat die Wissenschaft uns einwandfrei bewiesen, und all die Berichte der neuesten Zeit über das willkürliche Werdenlassen von Blut und Wunden am Körper und über das Durchdringen und Durchbohren von Körperteilen ohne Blutverlust, das alles ist nichts als die Leistung eines starken Willens, der den Leib in der Gewalt hat.

So ist es auch bewiesen, daß der Wille im beruflichen wie im sonstigen schaffenden Leben von einschneidender Bedeutung ist. Es ist erwiesen, daß Männer, die unter Entbehrungen für einen Gedanken werben, daß Künstler, die in ihrem Willen ein unruhiges Reiselieben führen, daß Berufstätigen, die ihren Lebensweg unter Opfern zu einem bestimmten Ziele hin führen, daß diese Menschen unter den Strapazen ihres Lebens nicht so leiden, wie man vielleicht vermutet, weil ein bestimmter, positiver, harter Wille sie treibt.

Das ist eine Lebensforderung — in eigentlichem Sinne des Wortes — für jeden von uns, daß unser ganzes Dasein durchdrungen wird von unserem Willen, daß Lebensführung und Wille ein Ganzes sind und auch das berufliche und soziale Leben getragen wird von einem starken und lebendigen Willen.

Gerade die Untersuchungen unserer sportlichen Zeit an trainierenden Menschen haben klar erwiesen, was das heißt, wenn Leistung und Wille verbunden sind. Denn es ist nicht nur die Kräftigung der Muskulatur, die durch das Training erreicht wird. Von wesentlicher Bedeutung ist das Zusammenfassen der gekräftigten Muskulatur durch einen starken Willen zur Leistung, einen Willen, der unwillkürlich jede überflüssige Nebenbewegung

ausfaltet und die Kraft auf die eine erstrebte harmonische Leistung konzentriert. Diese Bedeutung des Willens für Leistung und Lebensgefühl steht wissenschaftlich fest.

Was könnte da das Dasein für uns bedeuten, wenn es bis in alle Teile hinein von solch einem Willen erfüllt wäre! Welche Steigerung der Kraft und des Schaffens würde da sein! Welche Hebung der Lebensfreude!

Aber da reißt der Mechanismus der Arbeit Schaffen und Willen auseinander. Da mindert das mangelhafte Einkommen, das der Beruf bringt, die Liebe zum Werk und damit den Willen zur Leistung und zur Tat, wie er von Natur aus ein Lebensbedürfnis des Menschen ist.

Die Hebung der sozialen Lage, die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Lebens sind Werte zur Hebung unserer Lebenskraft. Je größer das soziale, berufliche Glück ist, um so mehr ist der Wille mit unserem Schaffen verbunden, um so mehr werden wir getragen von der elementaren Lebensenergie, wie der Wille sie darstellt.

Die Wissenschaft ist überrascht über die Kraft, die der Wille über den Leib hat. Es gibt, diese Kraft des Willens zu dehnen und mit ihr auch zu erfüllen all die anderen Gebiete unseres Lebens. Solch eine originale Kraft, wie der Wille sie ist, kann auch vom sozialen und wirtschaftlichen Leben nicht ferngehalten werden. Das Arbeitsleben des Menschen muß solche soziale Gestaltung aufweisen, daß in ihm auch der Wille die ihm gebührende Rolle spielt. Das ist aber nur dann der Fall, wenn der Mensch seinen geistigen Fähigkeiten und inneren Notwendigkeiten entsprechend ist und wenn er in seiner Arbeit nicht Lohnklave oder Gehaltsneid ist, sondern freier Mensch in einer Gemeinschaft, deren Ziel allein Dienst am Ganzen, Schaffen für den geistigen und künstlerischen Fortschritt der Menschheit ist. Und das ist das herrliche Ziel der freigewerkschaftlichen Bewegung, die durch ihren Gegehorstempel auch der wachsenden Freiheit des mollenenden Menschen im sozialen Leben des heutigen Tages dient.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Mehr Achtung vor uns selbst!

Auf einem der üblichen Preismastendalle in einer Bergarbeitergemeinde bekam den sogenannten Gruppenpreis ein Bergmann mit Frau und Kindern, bestehend aus einem Dekoliter Bier. Und wofür bekam er diesen Preis? Nun, er war — das muß ja solch ein Mastendarsteller — auf eine blendende Idee gekommen. Er stellte mit seinem Familienanhang vor: einen Bergmann am Lobtag“. Er selbst martierte einen total be-

trunkenen Bergmann, in einer Schubkarre liegend, den seine Frau mit Milde und Not nach Hause schaffte, während verhungert und zerlumpt die Kinder diesem Laufzug folgten. Diese wunderbare Idee wurde von den Preisrichtern, die zum Teil aus Bergleute waren, mit 100 Liter Bier prämiert! Das ist die Tatsache.

Soll man nun über solch eine Sache lachen oder weinen, sich freuen oder sich entrichten? Wie man als Bergmann zu sich selbst steht und von sich selbst denkt, ist entscheidend dafür, ob man sich entriistet oder darüber freut. Als Freigewerkschafter, die wir ein Interesse daran haben, daß man uns als verständige und ordentliche Leute ansieht, die nicht aus irgend einem Grunde niedriger Art sich eine Organisation geschaffen haben zur Vertreibung der Langeweile, sondern die vielmehr, je länger sie freigewerkschafter sind, einsehen, daß die Organisation unser Leben bedeutet, wir durch sie unsere soziale Lage heben und teilhaben wollen an den Früchten der Arbeit, die wir schaffen, finden diese unverzeihliche Tat jener Preisrichter und jenes Bergmanns geschmacklos. Sie haben mit dieser „Preisausezeichnung“ dieser „Idee“ bewiesen, daß ihnen ein solches Vorkommnis am Lohnstage etwas Selbstverständliches ist, als etwas, was zum Bergmann gehört, das ganz alltäglich ist, nur mußte ein „fuger Kerl“ kommen und diese „Idee“ zu einem Bild machen. Sie übertragen eine solche Geschichte auf alle Bergleute, und dagegen wehren wir uns ganz entschieden. Der Unternehmens, der bei Lohnverhandlungen oft genug den Einwand macht, unsere Forderungen seien unberechtigt, hätte, wenn die Preisrichter und die „Maskengruppe“ die Wahrheit sprächen, ja eigentlich recht, wenn er unser Recht auf einen Anteil der von uns geschaffenen Werte bestritte. Auch wenn man auf dem Standpunkt stände, was wir mit unserem Gelde machten, ginge ihn nichts an, so könnte er ja immer sagen, ja, betrübene, nicht nüchterne Menschen muß man bevormunden. Wir wollen Menschen sein, frei von jeder Bevormundung, Menschen, die sich ihrer Würde bewußt sind. Menschen und Kämpfer, die durch ein heiliges Band, genannt Gemeinschaft, so gekürt und geeint sind, um das Unwürdige dieser Gesellschaftsordnung, die Herrschaft des Kapitalismus, zu beseitigen, ein neues Reich zu errichten, in dem Freiheit und Friede, Licht und Brot, alles Gbte und Hohe, Schöne und Gute allen, allen gemeinsam sei. Der Feind steht mitten unter uns. Ist nicht selbst uns Feind. Das, was uns den Schritt ins neue Land hemmt, haftet uns noch an. Laßt es uns niedergewingen. Der Alkohol ist ein Feind des Proletariats, jawohl, ohne daß völliger Enthaltensamkeit das Wort geredet werden soll.

Nichtet euch selbst, bewahrt eure Menschenwürde gegen solche Annahme und wehrt euch gegen solche Herabsetzung der Angehörigen unseres so ernsten und schweren Berufes durch mehr Selbstachtung! Max-Heiland, Berghofen.

# Aus der Spruchpraxis der Oberschiedsstelle für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

## Der Ueberstundenzuschlag ist auf den Gesamtlohn zu gewähren.

Der Schiedsspruch über die Mehrarbeit vom 22. April 1927 bestimmt, daß die Mehrarbeit mit einem Lohnzuschlag von 15 Prozent zu vergüten ist. Die Arbeitgeber haben nun auf dem Standpunkt, daß diese Vergütung nur auf die tariflichen Löhne gewährt werden müsse. Die Arbeiter waren jedoch der Ansicht, daß der Zuschlag auf den Gesamtlohn — also einschließlich der Gehaltszulagen, Leistungszulagen und Prämien — zu gewähren sei.

Zu einer Streitfrage hat deshalb die Oberschiedsstelle in der Sitzung vom 6. März 1928 (Mittenzeichen H. T. 45/27) unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Thielmann dahin entschieden: „Der Lohnzuschlag gemäß Schiedsspruch vom 22. April 1927, Ziffer 1 ist bei den Bedingearbeitern der Betanlagten auf die tariflichen Gehaltsverdienste zu gewähren.“

Aus der Begründung ist folgendes erwähnenswert: „Nach dem Schiedsspruch vom 22. April 1927 ist das Mehrarbeitsabkommen mit der Waggabe wieder in Kraft gesetzt, daß die über acht Stunden hinaus geleistete Arbeit mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau mit einem Lohnzuschlag von 15 Proz. zu vergüten ist. Diese Regelung bedingt die Vergütung für die Mehrarbeit auf 15 Proz. an Stelle der in § 6a der Verordnung über die Arbeitszeit vom 11. April 1927 vorgesehenen 25 Proz. des Lohnes.“

Ueber die Entlohnung enthalten die §§ 5 und 6 des Tarifvertrages die maßgebenden Bestimmungen. Danach erhalten die Belegschaftsmitglieder bei normaler Leistung Mindestlöhne nach der jeweils geltenden Lohnliste. Bei den Bedingearbeitern ist das Gehalt so zu bemessen, daß im Durchschnitt der Lohnperiode bei normaler Leistung mindestens 10 Proz. über die Sätze der Lohnliste verdient werden.

Der Tarifvertrag bestimmt lediglich, daß der verdiente Lohn, der auf Grund der vereinbarten Vergütung für eine bestimmte Leistung zu zahlen ist, im Durchschnitt der Lohnperiode bei normaler Leistung so hoch sein muß, daß mindestens 10 Proz. über die Sätze der Lohnliste verdient werden. Ueber die Vereinbahrung der normalen Leistung bestimmt der Tarifvertrag in § 5. Ueber die Vereinbahrung des Gehaltses bestimmt die Arbeitsordnung in § 8. In der Praxis wird die Vereinbahrung des Gehaltses mit der Feststellung der normalen Leistung verbunden. Tarifvertrag und Arbeitsordnung stimmen darin überein, daß Normalleistung und Gehaltses vereinbart werden muß (vgl. Entscheidung der Oberschiedsstelle vom 1. Mai 1926 im Streitfall Nr. 69). Wird aber normale Leistung und Gehaltses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart, so ist der auf Grund dieser Vereinbarung erdiente Lohn in voller Höhe der gemäß Tarifvertrag und Arbeitsordnung erdiente Lohn.

Der für die Mehrarbeit festgesetzte Zuschlag zum Lohn ist also nach der vollen Höhe dieses erdienten Lohnes zu berechnen.

Bei der Berechnung des Lohnzuschlages für die Bedingearbeiter ist für die Woche der gesamte von dem einzelnen Bedingearbeiter in der Woche tatsächlich erdiente Gehaltslohn zugrunde zu legen. Er ist durch die Zahl der Arbeitsstunden zu teilen. Das Maß der Vergütung für die Mehrarbeit sind 15 Proz. des Lohnes für die Anzahl von Arbeitsstunden, die über 18 Stunden wöchentlich hinausgehen (Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht 1928, S. 277). Die vorstehende Auslegung stimmt überein mit der Auffassung von Erdmann in seinem Kommentar über die Verordnung über die Arbeitszeit (4. Aufl. S. 111 Anm. 6 zu § 6a), der dort festsetzt: „Der Gesamtlohnverdienst ist durch die Anzahl der darauf entfallenden Arbeitsstunden zu dividieren, um auf diese Weise den auf die Stunde entfallenden Betrag zu finden. Auf diesen Betrag ist der Ueberstundenzuschlag für die Stunden zu zahlen, die über 18 Stunden wöchentlich hinausgehen.“

In einem weiteren Streitfall (H. T. 10/28) hat die Oberschiedsstelle in der Sitzung vom 23. April 1928 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tromp entschieden:

„Es wird festgestellt, daß der Lohnzuschlag von 15 Proz. auf die tatsächlich gewährten Löhne (Schichtlohn einschließlich Leistungs- und Prämien) zu zahlen ist. Diesem Beschluß kommt rückwirkende Kraft nicht zu.“

In der Begründung heißt es u. a. wörtlich: „Nach § 6a des Arbeitszeitgesetzes ist aber der Errechnung des Mehrarbeitszuschlages der tatsächlich verdiente Lohn, nicht dagegen der tarifliche Schichtlohn zugrunde zu legen. Dies ergibt

sich schon aus der Erwägung, daß die Bestimmung des § 6a des Arbeitszeitgesetzes eine angemessene Regelung des Mehrarbeitszuschlages enthält und auch dann zur Anwendung kommt, wenn tarifliche Lohnvergrößerungen nicht bestehen. Hatte der Schiedsspruch vom 22. April 1927 bezwecken wollen, den Mehrarbeitszuschlag nach dem tariflichen Schichtlohn zu bemessen, so hätte dies im Widerspruche auch seinen Ausdruck finden müssen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Daher ist der Mehrarbeitszuschlag von 15 Proz. nicht nach dem Schichtlohn, sondern nach dem tatsächlich verdienten Lohn zu berechnen, d. h. nach dem Schichtlohn plus Leistungs- und Prämienzuschlägen. Die sozialen Lohnzuschläge müssen dagegen außer Betracht bleiben. Sie sind zwar auch ein Teil des Lohnes, aber im Tarifvertrag einer besonderen Regelung unterworfen.“

## Kohlendepulata sind auch während der Streikzeit zu liefern.

Die Anhaltischen Kohlenwerke haben versucht, ihren am 1. Oktober 1927 beendeten Streik zu verlängern, indem sie die Dauer des Streiks vorzutauschten. In der Streitfrage (H. T. 13/28) hatte sich daher die Oberschiedsstelle in der Sitzung vom 5. 4. 1928 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tromp mit der Streitfrage zu befassen und diese hat entschieden:

## Grubenmaurer fallen unter die Bestimmung 2 a des Mehrarbeitszeitgesetzes vom 22. April 1927.

Weil die Anhaltischen Kohlenwerke A.-G. anderer Meinung waren und Maurer als unter die Ziffer 2b fallend ansahen, mußte die Oberschiedsstelle den Streit schlichten (H. T. 27/28, Sitzung vom 1. Mai 1928 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Tromp).

Die Spruchkammer hat entschieden, daß die Maurer unter 2a fallen. Sie sind also nicht als Arbeiter in durchlaufenden Anlagen zu behandeln. Aus der Begründung ist folgendes wesentlich:

„Die Entscheidung der Sache hängt allein von der Frage ab, ob die Mäurer einem durchgehenden Betriebe im Sinne der Ziff. 2b des Mehrarbeitszeitgesetzes, d. h. vortiegend der Ziffer 2b der Betanlagten, angehören. Daß die Handwerker, denen die Mäurer zugerechnet sind, an sich unter Ziff. 2a des Schiedsspruches fallen, ist bereits durch den Spruch der Oberschiedsstelle vom 21. August 1927 zum Ausdruck gebracht. Wenn die Betanlagten sich darauf berufen, daß nach der gleichen Entscheidung der Oberschiedsstelle die Handwerker dann den durchgehenden Betrieben zugehörig, wenn sie überwiegend in diesen beschäftigt sind, so übersteht es, daß, wie sich aus der Begründung der Entscheidung ergibt, nur solche Handwerker in Betracht kommen, welche in der Fabrik bei der Produktion unmittelbar beteiligt sind, welche Arbeiten verrichten, die unmittelbar mit der Produktion im Zusammenhang stehen und eine ununterbrochene Produktion sichern sollen, daß daher nur solche Handwerker gemeint sind, deren Schichtzeiten aus betriebstechnischen und betriebswirtschaftlichen Gründen mit der übrigen Fabrikbelegschaft abgestimmt sein müssen. Diese Voraussetzungen treffen jedoch bei den Mägern nicht zu. Die von den Mägern hauptsächlich zu verachtenden Kesselmaurerarbeiten bedingen es nicht notwendig, daß die Mäurer die gleichen Schichtzeiten verfahren wie die eigentliche Fabrikbelegschaft. Die Produktion würde nicht darunter leiden, wenn die Schichtzeit der Mäurer unterschiedlich von denen der Fabrikbelegschaft geregelt ist. Daß die Mäurer von der Belegschaft der Fabrikbelegschaft getrennt sind, ist eine organisatorische Maßnahme, welche wohl durch Zweckmäßigkeitsgründe veranlaßt, aber nicht durch betriebstechnische und wirtschaftliche Gründe zwingend geboten ist.“

Die Maurer sind anders zu behandeln als beispielsweise die Former, Presselöcher usw. Diese verrichten Arbeiten an Betriebsmitteln, welche unmittelbar für die Produktion verwendet werden. Ihre Arbeit dient unmittelbar der Produktion, die Mäurer dagegen sind mit Arbeiten an Betriebsanlagen befaßt, welche zwar für den Betrieb notwendig sind, aber nicht unmittelbar bei der eigentlichen Fabrikation verwendet werden. Das Maurerwerk ist rechtlich und tatsächlich Bestandteil des Fabrikgebäudes. Ebensovienig wie die Unterhaltungsarbeiten an diesem können auch die Ausbesserungsarbeiten an dem Kesselmaurerwerk als eigentliche Produktionsarbeiten nicht angesehen werden. Die Maurer gehören daher nicht in den Fabrikbetrieb hinein. Ihre Beteiligung an der Fabrikbelegschaft ist eine äußere, organisatorische Maßnahme, keine im Interesse der Produktion zwingend gebotene Notwendigkeit. Die Mäurer fallen daher unter 2a des Mehrarbeitszeitgesetzes vom 22. April 1927.“

# 13. Tagung des ADGB. in Köln.

Der Ausschuß des ADGB. trat am 20. Juni in Köln zu seiner 13. Tagung zusammen. Die Tagung war nach Köln einberufen worden, um den Verbandsvertretern Gelegenheit zu geben, die „Presse“, insbesondere das Haus der Arbeiterpresse, zu besichtigen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung begrüßte Leipart den Sekretär des Ortsausschusses Köln, Kollegen Kreisbohm. Er erwähnte in seinem Bericht, daß die kommunistische Partei zentrale (Abteilung Gewerkschaften) wieder eine große Zahl von Entwürfen zu Resolutionen für den Gewerkschaftskongress an die kommunikativen Zellen in den Ortsverwaltungen der Verbände gesandt hat. Loyalt, von dem Willen zur sachlichen Kritik geleitet, Opposition ist zu begrüßen. Aber die Opposition, die hier systematisch vorbereitet wird, geht aus von einer politischen Partei, sie ist eine von außen her eindringende Einmischung in rein gewerkschaftliche Angelegenheiten. Leipart ließ seine Ausführungen in eine Mahnung ausklingen, daß es jedem einzelnen Gewerkschaftsmitglied der Stolz und die Pflicht auf die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung verbieten müßte, Meinungen von einer Stelle zu entsprechen, der bisher eine positive Förderung gewerkschaftlicher Interessen nicht nachgelassen werden kann, und die überdies mit den Gewerkschaften nichts zu tun hat. Anträge zum Gewerkschaftskongress müssen aus der eigenen Initiative, aus der eigenen positiven Mitarbeit, aus einer von hohem Verantwortungsgesühl getragenen Kritik hervorgehen.

Die Debatte ergab, daß der Bundesausschuß sich die Vorstellungen Leiparts einstimmig zu eigen macht und an die Gewerkschaftsmitglieder den Appell richtet, bei den Anträgen zum Kongress sich ausschließlich von dem Gesichtspunkt verantwortlicher und von freudigen Einflüssen unabhängiger Mitarbeit an den großen Aufgaben der Gewerkschaften leiten zu lassen.

In der letzten Bundesversammlung war die Zentralisierung der Prozessvertretung bei den Spruchkammern für die Arbeitslosenversicherung und der zu diesem Zweck notwendige Ausbau und die Vermehrung der Arbeitersekretariate eingehend erörtert worden. Eine anschließende Erklärung der Bundesbeiträge ist die Voraussetzung für eine großzügige Lösung der Aufgaben. Die Erhöhung des Bundesbeitrages ist aber auch aus anderen Gründen notwendig. Die wachsenden Gemeinschaftsaufgaben der Gewerkschaften, deren Betreuung dem Bundesvorstand obliegt, erfordern einen Ausbau des Bundesbüros.

Die Wiederannahme der Debatte über die Kostendeckung für die Prozessvertretung und die Erhöhung des Bundesbeitrages im allgemeinen, gab Gelegenheit zu einer nochmaligen gründlichen Diskussion. Ueber die Notwendigkeit einer Erhöhung bestand keine Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbandsvertretern. Einwände wurden nur gegen das Maß der Erhöhung erhoben und außerdem in Frage gestellt, ob der Zeitpunkt für eine so weitgehende Zentralisierung der Prozessvertretung bereits gekommen sei. Die Verbände müssen noch erst zusammen mit ihren örtlichen Verwaltungen sich über die zweckmäßige Gestaltung der Prozessvertretung der organisierten Mitglieder beraten. Die Rechtsberatung, so wurde von einigen Verbandsvertretern ausgeführt, sei ein wichtiges Werbemittel der einzelnen Verbände. Freilich ist es gerade die Absicht, die großen Erfahrungen der Verbände durch die Zentralisierung der Prozessvertretung erst zu voller Wirksamkeit gelangen zu lassen, die den Bundesvorstand bei seinem Plane leitet.

Leipart betonte, daß der Ausbau der Prozessvertretung allmählich erfolgen und zunächst mit zwei, drei Bezirksarbeitersekretariaten begonnen werden soll. Die Erhöhung der Bundesbeiträge liegt im Gesamtinteresse der Gewerkschaften. Von den einzelnen Verbänden werden ja immer neue Aufgaben an den Bundesvorstand herangetragen. Der Wirkungsfreis des ADGB. hat sich ferner durch die Wandlung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Staat, wie durch die wachsende Bedeutung der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben so erweitert, daß man seinen Etat nicht mit dem gleichen Maßstab messen kann, wie den der Generalkommission vor dem Kriege. In diesem Zusammenhang ist nur auf die Mitwirkung an der Reichsaufstellung verwiesen. In den Verbänden steigen mit den wachsenden Mitgliederzahlen die Aufgaben, erhöhen sich die Beiträge; was für die Verbände billig ist, muß für den Bund recht sein.

In weiteren Verlauf der Debatte wurde besonders hervorgehoben, daß gerade die Prozessvertretung vor den Landesarbeitsgerichten eine Zentralisierung, eine gründliche Schulung der Prozessvertreter und einen Ausbau der Arbeitersekretariate notwendig mache. Sie ist auf die Dauer auch paraxamer. Es ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer, die Richter, die Rechtsanwälte, daß alle diese Gruppen gegen die unmittelbare Mitwirkung der Gewerkschaften waren, daß diese gewaltige Durchbrechung eines Jahrhunderte alten Privilegs gegen den größten Widerstand durchgesetzt werden

mußte. Vor den Arbeitsgerichten können die Verbandsvertreter nur ihre Mitglieder vertreten, während vom Bund aus die Mitglieder aller Verbände ihre Prozessvertretung finden können. Die Gewerkschaften vertreten ihrem Ziel nach die Interessen der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Es muß schon aus diesem Grunde ein System von Arbeitersekretariaten ausgebaut werden, das eine vollwertige Prozessvertretung ermöglicht. Die Rechtsanwälte sind in keiner Weise die geeignete Prozessvertretung. Wer die Prozessvertretung der Arbeiter übernehmen will, muß von den Grundannahmen des kollektiven Arbeitsrechts durchdrungen sein. Das materielle Recht kennen am besten die, die an der Schaffung des Arbeitsrechts mitgewirkt haben. Das sind die Gewerkschaften. Die Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre sind daher die geeigneten Prozessvertreter. Das gilt besonders für die tariflichen Rechtsfälle. Das einheitliche Arbeitsrecht verlangt auch eine einheitliche Prozessvertretung. Die spezifischen Tarifrechtsfälle bleiben selbstverständlich Aufgaben der einzelnen Verbände. Letztere sind aber höchstens 2 bis 3 Prozent der Fälle.

Die zentrale Lösung der Prozessvertretung wird, so meinte ein Verbandsvertreter, aus der Diskussion nicht mehr hervorgehen. Aber die Zentralisierung darf nicht so weit gehen, die einzelnen Verbände von dieser großen Aufgabe zu isolieren. Gerade auf dem Gebiete des Verbandes zu verschiedenen Tarifvertragsrechts zum Beispiel sei eine Normalisierung, Schematisierung sehr gefährlich. Diese letzteren Ausführungen wurden von Leipart am Schluß der Aussprache als die Meinung auch des Bundesvorstandes anerkannt. Es könne gar nicht in Frage stehen, die einzelnen Verbände von der eigenen Rechtsfindung und Rechtsprechung, insbesondere auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechts, auszuschließen. Es handle sich bei dem Plan des Bundesvorstandes nur um eine Nationalisierung der Prozessvertretung.

Zur Abstimmung kam zunächst der Antrag des Bundesvorstandes auf Erhöhung des Bundesbeitrages auf 36 Pf. pro Mitglied. Er wurde abgelehnt. Dagegen ergab der Antrag auf eine Erhöhung auf 30 Pfennig für das männliche Mitglied ein Stimmverhältnis (nach Mitgliederzahlen) von etwa 2.600.000 für zu 1.500.000 gegen den Antrag. Der Antrag des Hauptgewerksbundes, die jugendlichen Mitglieder beitragsfrei zu lassen, wurde abgelehnt. Vielmehr wurde der Antrag angenommen, für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder den Beitrag auf 15 Pf. anzusetzen. Die Abstimmung ergab, daß die Nationalisierung der Prozessvertretung zunächst nur in kleinerem Maßstabe in Angriff genommen werden kann.

## Vertrauensmänner- und Betriebsräteversammlung der freien Gewerkschaften.

Am 21. Juni hatte die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für den Bezirk Köln die Vertrauensmänner- und Betriebsräte der freien Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Konferenz eingeladen. Die Konferenz, die sehr gut besucht war, nahm Stellung zur Kündigung der Arbeitszeit- und Lohnfrage.

Kamerad Walke vom Hauptvorstand sprach über die wirtschaftliche Lage im Bergbau, Kamerad Simon gab kurz die Stellung der Bezirksleitung bekannt. In der nachfolgenden Aussprache wurde in sehr ernsten und bitteren Worten die schlechte Lage der Bergarbeiter geschildert. Tatsache ist, daß die Notlage der lutzheimlichen Braunkohlenarbeiter einen Tiefstand erreicht hat wie nie zuvor. Einstimmig wurde nachstehende Entschliebung angenommen:

„Die Konferenz der Funktionäre für den Braunkohlenbergbau, Vertrauensmänner und Betriebsräte der freien Gewerkschaften, erteilen ihren Verbandsleitungen den Auftrag, mit den übrigen an den Tarifabschlüssen für den Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationen in Verhandlungen über die Kündigung der bestehenden Verträge einzutreten und für die Durchführung der gestellten Forderungen alle gewerkschaftlich notwendigen und möglichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Konferenz fordert die Belegschaften auf, die Beschlüsse der Funktionärskonferenz einmütig zu unterstützen und die Macht der Arbeiterkraft zu stärken durch den Beitritt zu den Gewerkschaften.“

## Rheinische Braunkohle 10 %.

Die Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Bricketfabrikation verteilt, wie im Vorjahr, 10 Prozent Dividende. Das Geschäftsjahr hat einen regelmäßigen, im allgemeinen befriedigenden Verlauf genommen. Größere Störungen traten in den Betrieben nicht auf. Der Absatz war gleichmäßig gut, so daß die bei Beginn des Berichtsjahres vorhandenen Lagermengen von rund 30.000 To. in wenigen Wochen geräumt und weiterhin Stapelungen auf den Werken kaum erforderlich wurden. Der Absatz stieg sowohl bei Rohtohle wie auch Bricket gegen das Vorjahr um rund 10 Prozent. Es betragen die Kohlenförderung 14,92 (i. B. 13,50) Mill. To. (plus 10,52 Prozent), der Kohlenabsatz 2,76 (2,51) Mill. To., die Bricketherstellung 3,72 (3,38) Mill. To., der Bricketabsatz 3,75 (3,40) Mill. To., der Tonabsatz 102.108 (61.391) To. Auf die Syndikatsbeteiligung lieferte die Gesellschaft in Kohlen 54,62 (i. B. 52,12) Prozent, in Bricketts 123,46 (i. B. 128,13) Prozent des Anteils am Jahreskontingent. Durch Lohn-erhöhungen ist die von Rationalisierungsmaßnahmen erwachsene Verminderung der Selbstkosten nicht voll eingetreten.

Die arbeitstäglige Bricketherstellung habe die Gesellschaft gegen das Vorjahr von 11.161 To. um 910 To. auf 12.071 To. steigern können. Diese Leistungssteigerung sei vor allem durch die Vervollständigung der Aus- und Neubauten auf Grube Fortuna, Grube Donatus und Beißelgrube erreicht worden. Die Anlage zur fabrikatorischen Herstellung von Braunkohlenstaub auf der Beißelgrube habe befriedigend gearbeitet. Der Jahresabsatz betrug 35.735 To. Für das laufende Geschäftsjahr hoffe man auf volle Ausnützung der Anlage. Dank der vermehrten Herstellung und dem gleichmäßigen guten Absatz konnten, wie der Geschäftsbericht betont, im Berichtsjahre trotz der steigenden Unkosten (aber auch trotz der gestiegenen Förderung) ziemlich dieselben geschäftlichen Ergebnisse wie im Vorjahre erzielt werden. Der Rohüber-schub sei ungefähr ebenso gestiegen wie die Abschreibungen infolge der Anlagezugänge und der erforderlichen Anpassung der Werke an den technischen Fortschritt erhöht werden mußten. Es könne daher nur etwa der gleiche Reingewinn ausgewiesen werden wie im Vorjahre. Das sei nicht befriedigend, weil es eine merkliche Minderung des Geschäftserfolges je Tonne der Erzeugnisse bedeute.

Der Gesamtüberschub einschließlich des Vortrags von 373.167 M. stellt sich auf 22,29 (i. B. 21,59) Mill. M. Steuern erforderten 4,82 (5,30), Generalunkosten sind mit 2,18 (2,16) ziemlich unverändert geblieben, für Versicherungen wurden 2,32 (1,76) und für Abschreibungen 5,39 (4,86) Mill. M. aufgewendet, so daß fast genau derselbe Reingewinn wie im Vorjahre ausgewiesen wird, nämlich 7,57 (7,51) Mill. M. Die 10prozentige Staatsanleihe und die 6prozentige B.-M. erfordern 6,43 Mill. M. wie im Vorjahre. An die Reserve gehen wieder 0,38 Mill. M. der A.-R. erhält wieder 0,33 Mill. M., so daß 0,44 (0,37) Mill. M. Vortrag verbleiben. In der Bilanz sind Beteiligungen mit 35,71 Mill. M. unverändert aufgeführt.

# Wofür Geld da ist!

Vor den Reichstags- und Landtagswahlen war Hochkonjunktur für das Zeitungsgewerbe. In mehreren großen Städten konnten wir beobachten, daß neue Zeitungen wie Pilze aus der Erde schossen. Die Tendenz war jedesmal dieselbe: reichsnational. Wer das Gewerbe einigermaßen kennt, weiß, daß erhebliche Kapitalien dazu notwendig sind, um eine neue Zeitung fertigzustellen und zu verbreiten. So machte man sich damals schon Gedanken, wo nur das Geld für diese Zeitungen so plötzlich herkomme. Jeder Eingeweihte mußte Bescheid, daß nur finanzkräftige Kreise, vor allen Dingen unsere Industriellen, die Geldgeber waren, aber die Kanäle von den Großindustriellen und ihren Verbänden zu den rechtskonservativen Zeitungverlegern waren unterirdisch, man konnte sie nicht sehen. Das ist nun anders geworden. Ein Standa! nach dem andern bringt Licht in diese dunklen Begebenheiten.

In Berlin erschien einige Monate vor der Reichstagswahl plötzlich ein neuer „Mittag“. Sein Hauptberuflicher und Verleger war ein Herr Dr. Oesterreich, der früher bei der „Berliner Börsen-Zeitung“ angestellt war. Und was schrieb dieser deutschnationale „Mittag“ nicht alles zusammen! Die gemeinsamen Schimpfereien, die einst die Atmosphäre zur Ermordung von Erzberger und Rathenau geschaffen haben, sie wurden hier im „Mittag“ noch übertrieben. Aber eine richtige Rechtszeitung macht ja nicht nur rechtskonservativen Politik, sondern auch Wirtschaftspolitik. Davon verstehen die Herren meistens nichts, aber ihre Auftraggeber, ihre Geldgeber, die Industriellen, verlangen es und man führt selbstverständlich gern und treuherzig deren Wünsche durch. So fiel schon seit langer Zeit beim „Mittag“ auf, daß er sich mit einem außerordentlichen Eifer für die Verewigung des Volktrages mit Voten, für die Erhöhung der ober-schlesischen Kohlenpreise und gegen die Erhöhung der ober-schlesischen Bergmannslöhne ins Zeug legte. Warum wohl? Seht kommt die wahren Gründe zum Vorschein: Dr. Oesterreich, Hauptberuflicher und Herausgeber des „Mittag“ war nämlich gut befreundet mit dem Generaldirektor des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins, Stehler. Dieser Herr Stehler im Verein mit dem Geschäftsführer des Vereins, dem Bergassessor Hynoch, haben dem deutschnationalen Oesterreich 400 000 M. übermitteln, damit der „Mittag“ in ihrem Sinne redigiert werde. Wie willfährig Dr. Oesterreich das getan hat, bewies seine Presse-

kampagne gegen die Lohnerhöhung, die wir in Oberschlesien trotz dieser Machenschaften durch Gewerkschaftsarbeit durchsetzen vermochten.

Man stelle sich vor: der berg- und hüttenmännische Verein Oberschlesiens gibt Gelder für eine Zeitung, die Regierung und Arbeitnehmerschaft in der gemeinsamen Weise angreift und bekämpft. Und Mitglied dieses berg- und hüttenmännischen Vereins sind die staatlichen Gruben der Preussag, deren Eigentümer, wie ja schon der Name sagt, der preussische Staat ist. Speziell aber die Preussenregierung wurde im „Mittag“ in der gemeindefeindlichsten Art und Weise heruntergemacht. So verwickelt ist also unser Wirtschaftssystem, daß der preussische Staat indirekt Gelder liefert, um sich selbst und seine Regierung bestämpfen zu lassen! Sicherlich wird die Preussag als Mitglied des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins Rechenschaft über die Finanzgebarung dieser Körperschaft verlangen und es wird sich dann zeigen, ob noch mehr dunkle Unternehmungen unterstützt worden sind. Anzunehmen ist das auf alle Fälle, und die Preussag-Vertreter, die davon — was mit Bestimmtheit gesagt werden kann — nichts gewußt haben, werden hier berufen sein, diesen unglaublichen Skandal aufzudecken und vorzubeugen, damit ähnliche Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden.

Der deutschnationale „Mittag“, der speziell gegen die Lohnerhöhung in Oberschlesien wütete, ist tot. Die Angestellten und Redakteure sind fristlos entlassen worden. Sie haben geklagt und erreicht, daß einmal die Konten des Unternehmens geprüft wurden, zum anderen aber auch, was uns viel wertvoller und wichtiger ist, daß diese dunklen Finanzierungsmethoden einmal der Öffentlichkeit bekannt wurden. Es gibt noch viele „Mittage“, die alle von industriellen Geldern gespeist werden, um dir, Kumpel, dein bißchen Lohn noch streitig zu machen.

Kameraden, erkennt dieses Spiel! Nicht nur eine geeinte Unternehmerrfront steht gegen euch, sondern eine ungeheure Geldmacht, die die öffentliche Meinung für sich kauft, um euch zu schlagen. Wir können hier nur wirksam entgegenreten, indem wir der geeinten Unternehmer- und Kapitalmacht durch geschlossene Organisation der Bergarbeiterschaft gegenüberreten und indem wir aus unseren Häusern die gekaufte und verlogene kapitalistische Presse verbannen!

# Ufford-Mord!

Der Ruhrkohlenbergbau besitzt unbestreitbar eine überragende Bedeutung für die deutsche Wirtschaft; ohne Ruhrkohle wäre die industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte undenkbar gewesen. Gewaltige Konzerne, wie Vereinigte Stahlwerke, Höhnig, Krupp, Altköner, Gutehoffnungshütte und andere, verdanken ihre Entstehung und Bedeutung der Ruhrkohle, und ungeheure Summen sind in den Gruben und Kokereien des Ruhrgebiets investiert. Hunderttausende von Arbeitern nebst Angehörigen sind auf Geheiß und Verbot mit dem Bergbau verbunden. Zahlreiche Städte und Gemeinden bauen ihren Etat nur auf den Steuererträgen der Gruben auf und stehen vor dem Ruin, wenn dieselben stillgelegt werden, wie wir es in den letzten Jahren allzu häufig erleben mußten.

Trotz dieser zusammengewachsenen Wirtschafts- und Kapitalmacht ist der unterirdische Betrieb der Gruben bis auf den heutigen Tag Kleinbetrieb geblieben. Diese Tatsache findet ihre Erklärung in den geologischen Verhältnissen, die eine Zusammenlegung der Arbeiter an einer Stelle, wie wir es aus den großen Fabriken und Montagehallen her kennen, unmöglich macht. Von gelegentlichen Besuchern einer Steinkohlengrube wird jedesmal mit größtem Erstaunen festgestellt, daß sie auf ihren stundenlang dauernden Beschäftigungsfahrten unter Tage nur hin und wieder auf einzelne Bergarbeiter gestoßen sind, trotzdem die Beche tausende von Arbeitern beschäftigt. Eine einzelne Beche hat aber auch oft hunderte von beschiedenen Betriebspunkten, so daß der Besuch aller Arbeitsstellen manchmal Tage, oft sogar Wochen in Anspruch nimmt. Genau wie seit Bestehen des Bergbaues überhaupt arbeiten an jedem dieser Betriebspunkte zwei oder drei Mann in einer Kameradschaft — abgesehen von den Kutschbetrieben, in denen oft zehn und mehr Mann beschäftigt sind — recht häufig noch mit den primitivsten Mitteln, obwohl besonders in der Nachkriegszeit für die Technisierung des Bergbaues große Mittel ausgemorfen wurden.

Im Durchschnitt des 1. Vierteljahres 1928 waren auf den Gruben des Ruhrbezirks 332 236 Arbeiter beschäftigt. Von diesen waren 201 458 Hauer und Gedingegehler, also eigentliche Bergarbeiter, 43 981 Reparaturbauer und 63 653 sonstige Arbeiter unter Tage, während der verbleibende Rest sich auf die Arbeiter über Tage verteilte. Nur ein kleiner Teil der Beschäftigten arbeitet im Schichtlohn, der überwiegende Teil, davon die eigentlichen Bergarbeiter ohne Ausnahme, arbeitet im Gedinge (Ufford).

Man unterscheidet hauptsächlich zwei Arten der Gedinge-festsetzung, und zwar: Kohlen- und Metergedinge. Bei ersterem wird die Zahl der geförderten Kohlenwagen mit dem vereinbarten in den meisten Fällen jedoch diktierten Betrag je Wagen multipliziert und der errechnete Betrag am Monatschluß unter die in Frage kommenden Mitglieder der Kameradschaft verteilt, allerdings erst nach Abzug der entstandenen Kosten für Sprengstoff, der von der Grube zum Selbstkostenpreis geliefert wird. Von der gesamten Ruhrbelegschaft wird schon seit Jahrzehnten die Bezahlung der geförderten Kohle nach Gewicht verlangt, bisher allerdings vergeblich. Der ablehnende Standpunkt der Unternehmer in dieser Frage wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß allein im Jahre 1927 rund 6 Millionen Tonnen Kohlen mehr abgeleitet als gefördert wurden, die zum größten Teil auf das Übergewicht der geförderten Wagen zurückzuführen sind. Mit anderen Worten: die Ruhrbelegschaft ist also um den Erlös dieser Mehrförderung betrogen worden.

Metergedinge kennt man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, fast nur noch vor Bestraubetrieben, also im Quarzschlag, in Auf- oder Abbrüchen sowie beim Niederbringen von neuen Schächten. Die Höhe des Metergeldes ist abhängig von der Gesteinsart (ist also im Sand höher als im Schiefer) und von der lichten Weite der auszuwühlenden Strecke.

Beide Gedingarten zusammen, also Kohlen- und Metergedinge, werden häufig beim Auffahren von Nicht- und sonstigen Strecken in der Kohle sowie bei Auf- und Abhauen festgesetzt. In allen Fällen muß aber bei der Neueinrichtung des Gedinges ein scharfer Kampf geführt werden, da der betreffende Beamte immer versucht, das Gedinge zu drücken. Am deutlichsten tritt dieses bei der Neueinrichtung der Gedingestärke auf Grund einer allgemeinen Lohnerhöhung in Erscheinung, wo nicht nur die Gedingestärke im Ausmaße der Lohnerhöhung nicht erhöht werden, sondern in sehr vielen Fällen, trotzdem auf das bestmögliche Gedinge in den vorhergehenden Monaten nichts verdient wurde,

das Gedinge gekürzt wird. Das führt selbstverständlich zu Unstimmigkeiten zwischen Angestellten und Arbeitern, im Anschluß daran durch Kündigung zu größerem Belegschaftswechsel, der trägt bestimmt nicht zur Förderung der Rentabilität bei, da die Neuangestellten sich erst wieder einarbeiten müssen. Mit allem Nachdruck muß verlangt werden, daß die Neueinrichtung der Gedingestärke im Einverständnis der Beteiligten und unter Aufsicht der Betriebsräte erfolgt. Bei Nichtzustandekommen ist der Durchschnittslohn zu zahlen.

Die letzten Jahre stehen allgemein im Zeichen der sogenannten Rationalisierung, das heißt, man versucht, mit möglichst wenig Kräfteaufwand möglichst viel aus der Belegschaft herauszuholen, möglichst viel Kohle zu fördern. Soweit dieses Ziel durch Verbesserung der technischen Einrichtungen, durch Einführung von neuen Maschinen erreicht wird, ist dagegen nichts einzuwenden. Auf das Entscheidende aber muß der Verzicht der Unternehmer, durch Niedrighalten der Gedingestärke das letzte aus der Belegschaft herauszupressen, verurteilt werden. Die Zahl der Invaliden redet eine erschreckende Sprache, noch mehr aber die Tatsache, daß der Ruhrkumpel nur ein Durchschnittsalter von 48 Jahren und ein Dienstalter von 19 Jahren erreicht.

Wenn nach einer Lohnerhöhung der Gedingearbeiter auch eine Erhöhung des Gedinges fordert, wird ihm recht häufig die ironische Antwort: „Schicke ein paar Wagen Kohlen mehr oder jähre ein paar Meter mehr auf und Du wirst den Durchschnittslohn schon erreichen!“ Durch diese Taktik wird der Gedingearbeiter praktisch um die Lohnerfolge der Gewerkschaften gebracht. Auf diese Taktik ist es aber auch zurückzuführen, daß der Förderanteil der bergmännischen Belegschaft, d. h. der Gesamtbelegschaft, ohne Nebenbetriebe von 94 Kg. im Jahre 1913 auf 117 Kg. im Februar 1928 oder um 25 Prozent gestiegen ist und das bei einer Arbeitszeit, die um eine halbe Stunde gegenüber 1913 gekürzt wurde! Daraus ist klar zu ersehen, in welchem Ausmaße die Arbeitskraft des Einzelnen angepannt und ausgenutzt wird. Wenn auf diesem Wege weiter fortgeschritten wird, so wird es in absehbarer Zeit im Ruhrbergbau mehr invalide als aktive Arbeiter geben. Noch ist es Zeit, durch Einführung einer dem Bergarbeiter auf Grund der gefährlichen und gesundheits-schädigenden Arbeit zustehenden kürzeren Arbeitszeit und Zahlung menschenwürdiger Löhne diese Gefahr abzuwenden.

Der Unternehmer geht aber noch weiter. Nach amerikanischem Vorbild schickt er mit Stoppuhren ausgerüstete Angestellte in die Grube, die die Dauer jedes Arbeitsprozesses messen und nach der Höchstleistung die Gedinge festsetzen. Wenn schon diese Methode in Fabriken und Werkstätten verurteilt werden muß, so wärscht sie sich um direkten Unfug in der Grube aus, da auf Grund der verschiedenen geologischen Verhältnisse, wie Flözmächtigkeit, Beschaffenheit der Kohle und des Nebengesteins, auch fast vor jedem Betriebspunkte verschiedenartige Verhältnisse vorliegen. Da aber der sogenannte Stoppminüter sich immer nur die besten Verhältnisse aussucht, sind die übrigen die Leidtragenden. Unsere Forderung lautet deshalb mit aller Entschiedenheit: Weg mit den Stoppuhren aus der Grube! Möge man sie dort anwenden, wo es notwendig ist, nur nicht bei den schwerarbeitenden Bergarbeitern, die diese Maßnahme als Brüstierung und Beschimpfung auffassen.

In seinem Rationalisierungssinn ist der Unternehmer in der letzten Zeit auf ein neues Mittel gestoßen, die Produktion zu erhöhen (lies: den Profit zu erhöhen!), und zwar auf das sogenannte Einmanngedinge. Bisher war es üblich, daß die Arbeiter einer Kameradschaft auch denselben Lohn bekamen, da das Entgelt für ihre geleistete Arbeit unter sie zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde. Beim Einmanngedinge ist das ganz anders. Jeder Mann der Kameradschaft bekommt einen Teil des abzubauenen Kohlenfeldes zugewiesen und er wird entweder nach dem Kubinhalt oder nach der Zahl der geförderten Schachthölzer (Schachthölzger) entlohnt. Wie oben schon angedeutet, sind aber die geologischen Verhältnisse auch in demselben Flöz und derselben Arbeit grundverschieden. Das trifft besonders auf die Schüttelrutschenbetriebe zu, die oftmals eine Höhe von 100 und mehr Metern erreichen. Während ein Teil der Kameradschaft unter normalen Flözverhältnissen arbeitet, hat vielleicht der andere mit schlechtem Nebengestein (aufliegendem Liegenden oder brüchigem Hangenden) oder mit angebrannter Kohle zu tun, die das Ergebnis der Arbeit ungünstig beeinflussen. Wehe

denjenigen, der unter solchen Verhältnissen arbeiten muß. Er kann sich quälen so viel er will, am Monatschluß geht er mit einem Lohn nach Hause, der weit unter dem Durchschnittslohn liegt, trotzdem er intensiver arbeitet als seine glücklicheren Kameraden, die aber bessere Verhältnisse angetroffen haben.

Und die Schattenseiten des Einmanngedinges? Abgesehen davon, daß der Einzelne in seinem Einkommen geschädigt wird, liegt die große Gefahr darin, daß bei vorliegenden schlechten Verhältnissen drauf los gewühlt wird, die bergpolizeilichen Vorschriften nicht beachtet werden und auch manchmal nicht beachtet werden können, da die Zeit dazu fehlt. Solange die Kutsche läuft, wird an der Kohle gearbeitet. Solz kann ja gefest werden, wenn die Kutsche steht; bis es zu spät ist, bis der vom Einmanngedinge bis zum äußersten angetriebene Grubenklave unter hergebrochenen Kohlen- oder Gesteinsmassen begraben liegt. Eine kurze Notiz in der Zeitung, daß wiederum ein „braver Bergarbeiter“ auf dem Schlachtfelde der Arbeit geblieben ist. Die satonische Feststellung der Bergbehörde: „durch eigene Schuld“ — und das Drama ist beendet. Was schiert es den Kapitalismus, daß auch dieser Prolet von Angehörigen beweint wird, für die in den meisten Fällen das Drama jetzt erst beginnt.

Gewiß war es ein Teil eigene Schuld des Verunglückten. Gewiß hätte er vorher Holz setzen und sich so sichern können. Aber hinter ihm stand der Angestellte mit der Stoppuhr, hinter ihm schwang der Kapitalismus die Hungerspeißche und trieb den ausgegammelten Grubenklaven an, ihm keine Zeit lassend, auf seine Sicherheit bedacht zu sein.

Wir klagen an, und zwar das verbrecherische Einmanngedinge, wie überhaupt das ganze System der jetzigen Gedingefestsetzung. Ohne Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse wird das Gedinge diktiert und dadurch der Kumpel in den Tod getrieben. Bei der Beratung des Vergetats im Preussischen Landtag im März d. J. wurde schon von den Kameraden unseres Berglandes die Beseitigung des Einmanngedinges gefordert und begründet. Wie ein Mann muß die Belegschaft des Ruhrgebiets diese Forderung hinausreißen, damit der Schrei aus der Tiefe auch das Ohr der Regierung erreicht, die angeblich erst Material sammeln muß, aus dem die gefährliche Auswirkung des Einmanngedinges hervorgeht. Hoffentlich dauert das Sammeln und Siechen des einlaufenden Materials nicht allzulange und geht man dabei auch vor die richtige Schmiebe und nicht nur zu den Bechertverwaltungen und Bergbehörden.

# Die Konzentration der Verloftung.

War bis vor kurzem die Verloftung und die chemische Weiterverarbeitung der Kohle von dem allgemeinen Nationalisierungskaumel verschont geblieben, so legt man nunmehr das Schwergewicht auf dieses Gebiet.

Aus den Presseberichten der letzten Zeit konnte man entnehmen, daß die Kokereien und Nebengewinnungsanlagen auf den einzelnen Schachtanlagen des Ruhrgebiets immer mehr der Stilllegung verfallen. Mehrere Zentralkokereien sind schon in Betrieb und weitere sind geplant oder im Bau begriffen, die ebenfalls in absehbarer Zeit die örtliche Verarbeitung der Kohle ablösen sollen. Diese Zentralkokereien sollen, wie ihr Name schon besagt, die Kokstohlen mehrerer Schachtanlagen verarbeiten, gewöhnlich sind vier bis sechs Schachtanlagen zusammengefaßt.

Es ist nun ohne weiteres klar, daß diese Zentralkokereien nach den Grundrissen der modernen Technik gebaut sind oder werden und daß sie eine ganz intensive Weiterverarbeitung der Kohle gewährleisten.

Und doch taucht die Frage auf, ob sich diese modernen Miesbetriebe auch auf die Dauer so bewähren, daß eine Verbilligung der Produktion dabei erzielt wird.

Zunächst muß man bedenken, daß die Kosten für die doppelte Verladung und den Transport der Kohle von den einzelnen Schachtanlagen zur Zentralkokerei auf das Konto der Verloftung gehen und daher zu einem gewissen Prozentsatz den etwaigen, durch den Betrieb der Zentralkokerei erzielten Mehrerwerb illusorisch machen. Ebenso ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Kokstohle durch die öftere Verladung und den Transport in ihrer Güte leidet. Bei der örtlichen Verloftung auf den Schachtanlagen kommt die Kokstohle sehr wenig mit der Außenluft in Berührung. Von den Aufbereitungsanlagen kommt sie in die Feinkohlentürme und von dort direkt nach Bedarf nach den Koksöfenbatterien.

Bei der Verloftung in Zentralbetrieben wird die Kokstohle aus den Feinkohlentürmen der Beche in Eisenbahnwagen abgezogen. Diese stehen dann oft tagelang auf den Rangierbahnhöfen umher. Häufig müssen sie noch auf der Zentralkokerei auf Lager genommen werden oder die Waggons werden auch dort nicht sofort entleert.

Eine Kokstohle ist aber um so wertvoller, je weniger sie aufgerüttelt und der freien Luft ausgesetzt ist, da dann nach Möglichkeit eine Entgasung und damit ein Entweichen der wertvollen flüchtigen Bestandteile in der Kohle unterbunden wird. Wenn aber durch den Transport die Kohle auch nur 10 Prozent ihres Wertinhaltes verliert, so geht darüber der ganze Wert der Zentralverloftung zum Teufel.

Die rationelle Verarbeitung der Kohle muß eigentlich andere Wege gehen. Es muß dazu kommen, daß Kohstohle überhaupt nicht mehr transportiert wird, daß sie auf den einzelnen Schachtanlagen, den Standorten ihrer Gewinnung, verarbeitet wird und die Produkte Koks, Gas, Strom, Benzol und sonstige Nebenprodukte dann dem Markte zugeführt werden.

In dem System der zentralen Verloftung liegt aber noch eine weitere Gefahr, die nicht übersehen werden darf. Es wird ja immer wieder darauf hingewiesen, daß die Nebengewinnung den Bergbau noch über Wasser halte und daß der reine Bergbau an sich nichts mehr verdiene. Wenn dem so ist, wenn die weiterverarbeitende Industrie ihre Zentralkokereien selbst baut, dann nimmt sie damit dem Bergbau die Weiterverarbeitung der Kohle aus der Hand. Hier sehen wir am besten, wie notwendig es ist, daß das Kohlenwirtschafts-gesetz auch auf die Nebengewinnung ausgedehnt wird.

# Schweres Grubenunglück in Frankreich.

In einem Schacht bei Roche la Moliere, 50 Km. von St. Etienne, ereignete sich am 30. Juni ein schweres Unglück. Ein Brand in der Grube verursachte einen Gesteinszusammenbruch. Dadurch wurde die Luftleitung zerstört, wodurch 570 Bergleute der Gefahr durch die Brandgase und den Luftmangel ausgesetzt wurden. 53 Tote wurden geborgen. Im französischen Parlament werden Interpellationen über die Schuldfrage angehängt, wohl ein Beweis, daß man Grund zu der Annahme hat, es sei nicht alles in Ordnung gewesen.

Unser Verband hat an die französische Organisation das folgende Beileids-telegramm gerichtet:

Mons. Vigne, Fédération Nationale, Paris, 211 Rue Lafayette.

Tief erschüttert von dem großen Grubenunglück bei St. Etienne sprechen wir Ihnen und den betroffenen Familien im Namen der deutschen Bergarbeiter unser herzlichstes Beileid aus. Sufe-man-n.

# Kaliindustrie-A.-G. 12% Kapitalserhöhung.

## Ein Arbeitnehmervertreter in der Hauptversammlung.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ entriktet sich darüber, daß in der Hauptversammlung der obengenannten Gesellschaft ein Arbeitnehmervertreter auftrat. „Wozu sind denn die Betriebsräte da?“, fragt sie entriktet. „Ist das nicht zum Lachen? Die Betriebsräte sind schon der „D. Bergw.-Ztg.“ ein Dorn im Auge und nun kommen gar noch Arbeitervertreter in das Allerheiligste der Aktionäre, in die Hauptversammlung! Nach dem Bericht bemängelte der Arbeitnehmervertreter, daß im Bericht nicht ein Wort der Anerkennung der großen Leistungen der Arbeitererschaft und Angestellten enthalten sei. Die Bemerkungen der Geschäftsberichte über Lohn- und Arbeitszeitdiktate bedeuteten nichts anderes, als eine Stellungnahme gegen Einrichtungen des Reiches und des Staates, die der Industrie zweifellos vielfach von Nutzen gewesen seien. Die in den Berichten immer wiederkehrenden Klagen über soziale Lasten seien schon zu einem verächtlichen Schlagwort geworden. Aber es sei zu bedenken, daß ebenso wie auf Maschinen und Anlagen Abschreibungen nötig seien, auch die menschliche Arbeitskraft dem Verschleiß unterliege und daher die sozialen Lasten als durchaus berechtigt in Kauf genommen werden müßten. Schließlich sprach der Funktionär noch den Wunsch aus, daß die Arbeiter und Angestellten im Rahmen ihrer Leistungen an den Erträgen des Unternehmens angemessen beteiligt sein möchten.

Daß schon diese doch sicherlich sehr maßvollen Ausführungen den Horn der „D. Bergw.-Ztg.“ erregen, ist charakteristisch.

Aus dem Bericht des Generaldirektors Mosterg verdient bemerkt zu werden, daß die Gesellschaft der Kalische nie besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Mosterg führte aus, daß die seit einigen Jahren betriebenen wissenschaftlichen Untersuchungen über die Chemie der Kalisalze zu neuen Methoden geführt hatten, die nun fabrikmäßig ausgearbeitet werden sollten. Dazu wie zur weiteren Arbeit in der Mischblingerfrage seien neue große Mittel

erforderlich. Die Mischblingerfrage sei eng verbunden mit den Problemen der Kalichemie. Das für die absehbare Zeit benötigte Ammoniak werde die gemeinsam mit den Mischblingern erbaute Stickstoffanlage in Ranzel liefern. Die Entwicklung dieser Anlage sei programmäßig verlaufen und entspricht voll auf den Erwartungen. Die Produktion beginnt im September d. J. Es besteht nicht die Absicht, neue Produktionsstätten für Ammoniak einzurichten, auch sei nicht beabsichtigt, sich ein Kohlenvorkommen anzuschließen.

Die Erhöhung des Aktienkapitals beträgt 60 Millionen Mark. Die neuen Aktien sollen vom 1. Januar 1928 an dividendenberechtigt sein. Ein Konsortium unter Führung der Kalibank habe die Verpflichtung übernommen, von den 60 Mill. M. neuer Aktien 60 Mill. M. den Aktionären zu 107 Prozent provisorisch, unter Einhaltung einer Bezugsfrist von 14 Tagen, anzubieten. Man denke, schon bis Ende August die Aktien zur Ausgabe bringen zu können. 20 Mill. M. der neuen Aktien erhält die Gewerkschaft Wintershall mit der Verpflichtung, einen bei einer Verwertung sich ergebenden Ueberschuß über die Selbstkosten restlos der Kaliindustrie A.-G. zuzuführen. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, bemerkte dazu, daß man in den letzten Jahren mehrfach Gelegenheit gehabt habe, irgendwelche Geschäfte abzuschließen, sei aber nicht zum Abschluß gekommen, weil die Gegenkontrahenten kein bares Geld, sondern Sachwerte in Form von Aktien wünschten, die man nicht zur Verfügung hatte. Es sei selbstverständlich nicht möglich, in jedem eintretenden Falle immer eine Hauptversammlung einzuberufen. In besonders dringenden Fällen habe man die Aktien dem Portefeuille von Wintershall entnommen. Bestimmte konkrete Maßnahmen habe die Verwaltung zurzeit nicht vor. Sie wolle sich aber für die Zukunft sichern. Irgendwelche Benachteiligung der Kaliindustrie A.-G. sei auf Grund der obenerwähnten Modalitäten ausgeschlossen.

## Eine Dreitleistung.

Vor kurzem bezeichnete die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ den Versuch des Reichsarbeitsministeriums, die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten gesetzlich zu regeln, als sozialpolitischen Unfimm. Das hat einen Leser der „D. Bergw.-Ztg.“ zu einer Leistung gezeit, die wohl „wichtig“ sein soll, die in Wirklichkeit aber nur frech, unverschämmt und gemein ist. Der Mann führt aus:

„Man will die Dienstbotenwirtschaft sozialisieren, durch den Staat kontrollieren, strikte den Achtstundentag dabei einführen, die arbeitgebende Hausfrau für das ordnungsgemäße und sittliche Betragen der Hausgehilfen verantwortlich machen:

### § 1.

Besucht die Hausgehilfin ein Tanzvergnügen, ein Café, Kino oder ähnliche Vergnügungsorte, so ist der Hausherr verpflichtet:

1. Bei Tanzvergnügen mit festem Bereich alle halbe Stunde sich in dem betreffenden Tanzlokal nach dem Befinden seiner Hausangestellten zu erkundigen.
2. Bei Tanzvergnügen ohne festen Bereich:
  - a) seiner Hausangestellten den ältesten Sohn als Begleiter mitzugeben;
  - b) falls kein Sohn vorhanden, selbst den Urstandswaun mitzugeben.
3. Besucht die Angestellte ein Café, so hat der Wirt ihr eine Unwesenheitsbescheinigung von ... bis ... Uhr auszustellen.
4. Bei Theaters- oder Kinobesuch genügt das Vorzeigen der Eintrittskarte bei der Hausfrau. Doch hat sich dieselbe davon zu überzeugen, daß das Datum der Eintrittskarte in Ordnung ist.

Zufas zu § 1: Hat die Hausgehilfin oder Hausangestellte aber Verkehr mit einem angehenden Gewerkschaftssekretär, so kommen jeweilig nach der Befehung des Reichs- und Landtages alle 15 Tage neue Bestimmungen in Frage.

Bleibt das Mädchen zwei Stunden über die Polizeistunde aus, so hat es Anrecht darauf, am nächsten Morgen zwei Stunden länger zu schlafen. Natürlich beträgt die Arbeitszeit in einem solchen Falle nur 6 anstatt 8 Stunden.

Glaubt die Hausfrau aber, gehört zu haben, daß die Hausgehilfin pünktlich nach Hause gekommen ist, während diese das Gegenteil behauptet, so ist in einem solchen Streitfall ein besonders dafür angestellter Schlichter anzurufen. Bei der sich ergebenden Zeitdifferenz ist die Uhrbanduhr der Hausangestellten maßgebend.

Die §§ 2 bis 200 behandeln weitere Fälle, die in einem Haushalt vorkommen können. Es sei der § 111 herausgegriffen:

Beim Kartoffelschälen nimmt die Hausangestellte eine sitzende Stellung ein. Sie hat also Gelegenheit, sich dabei etwas auszurufen. Deshalb gelten bei dieser Tätigkeit folgende Mindestlohnsätze: Kartoffelschälen für 1 Personen 1 Stunde, für 3 Personen 1/2 Stunde, bei 2 Personen 1/3 Stunde.

Abfah 1: Kommen während des Kartoffelschalens plötzlich Gäste, so ist die Hausangestellte in diesem Falle nicht verpflichtet, für diese mehr zu schälen. Dies muß dann die Hausfrau oder Hausdöchter selbst tun. Die Unterhaltung der Gäste übernimmt unterdessen die Hausgehilfin.

### § 190. Gehaltsregelung, Zantieme, Urlaub.

§ 193. Vier Wochen nach Dienstantritt in der ersten Stelle wird die Hausgehilfin zur Hausangestellten befördert, unter gleichzeitiger Erhöhung des Tarifgehaltes. Nach einem Vierteljahre hat sie Anspruch auf den Titel: Oberhausangestellte. Nach einem Jahr erhält die Oberhausangestellte eine Prämie für treue Dienste in Höhe von zwei Monatslöhnen. In besonderen Fällen ist sie dann schon pensionsberechtigt.

Das Dienstbotenelemb ist tausendfach Gegenstand von Gerichtsverhandlungen, sozialen Untersuchungen usw. gewesen. Es ist kein Zweifel, daß die Arbeitsverhältnisse in diesem Beruf am wenigsten geregelt sind. Und da muß an den Versuch einer solchen Regelung sich eine solch dreckige, ironisch sein sollende Betrachtung anknüpfen! Pfui Teufel!

## Die Verbesserung der Rentenfürsorge in Preußen

bezweckt eine Verordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt. Wie amtlich mitgeteilt wird, macht sie den Fürsorgeverbänden in Zukunft die Pfandnahme an dem üblichen Hausrat und Familienvermögen der Rentner unmöglich und garantiert damit den Rentnern die freie Verfügung über diese Gegenstände. Sie verbietet ferner, daß gegenüber Rentnern, die weiteres Vermögen nicht besitzen und die von Hausgenossen unterstützt und gepflegt werden, die Fürsorge von einer besonderen Verpflichtung zur Rückzahlung der Unterstützung abhängig gemacht wird. Auch sonst erleichtert sie die Zulässigkeit der ausdrücklichen Verpflichtung zur Rückerstattung und deren Sicherstellung. Die auf eigenem kleinen Hausgrundstück wohnenden Rentner und deren bedürftige Angehörige schützt sie endlich davor, daß der Fürsorgeverband Befriedigung aus einer auf dem Grundstück bestellten Sicherheit sucht, solange es eine dieser Personen bewohnt. Dagegen hat die Verordnung einige Ende März 1928 vorgenommene Änderungen der Reichsgrundföge für die Fürsorge in das preussische Recht nicht übernommen, da sie zur Verbesserung der Fürsorge ungeeignet und unzureichend erscheinen.

## † Unfere Toten †

**Zahlstelle Alteneffen II.** Einen schweren Verlust hat unsere Zahlstelle erlitten: unser Kamerad Josef Jacob, Obmann der Schachanlage Delene, starb an den Folgen eines Unfalls. Was unser Jupp für die Bergarbeiterbewegung gewesen ist, wissen am besten die zu schätzen, die seine Mitstreiter gewesen sind. Unser Verband, in dem er seit 1901 organisiert war, hat einen Verlust erlitten, der so schnell nicht mehr gutzumachen ist. Als Obmann und Betriebsrat sowie Vertrauensmann der Zahlstelle hat er in der bewegten Nachkriegszeit immer seinen Mann gestanden. Wenn heute die Zahlstelle als eine der stärksten und besten da steht, so ist es in erster Linie das Verdienst unseres lieben toten Freundes. Die Kameraden hatten ihn in den Aufsichtsrat der Gewerkschaft Delene-Amalie, in das Kuratorium der Bergvorschuße, zum Berggewerbegerichtsbeführer, zur Generalversammlung usw. delegiert, so daß sein Leben sehr arbeitsreich war. Immer war er zur Stelle, wenn es galt, für seine Organisation zu arbeiten. Nach im Alter von 50 Jahren stellte er sich als Zeitungsbote zur Verfügung. Wenn wir trauernd an seinem Grabe stehen, so wollen wir stolz sein, einen solchen Freund gehabt zu haben und geloben, ihm nachzueifern. Besonders unsere jungen Kameraden können sich ihn zum Vorbild nehmen. Das soll die größte Ehrung für den Kameraden Jacob sein!

**Zahlstelle Effel.** Einen schweren Verlust erlitt unsere Zahlstelle durch den Tod unseres treuen Kameraden und Vertrauensmannes Otto Paul. Wo es galt, für die Bergarbeiterbewegung zu wirken, war er stets ein eifriger Kamerad. Seine vorbildliche Tätigkeit im Dienste der Organisation soll uns stets Ansporn sein. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

**Zahlstelle Marl.** Am 3. Juli starb im Knappschaftskrankenhaus in Neulinghausen unser Kamerad Richard Löff. Er war 22 Jahre ununterbrochen in unserem Verband und die letzten zwölf Jahre Funktionär (Unterkaßierer) der Zahlstelle Marl. Er hat in dieser Zeit Schweres mitgemacht, besonders als die Union ihren Spaltungsteil in die Arbeiterbewegung trieb. Diefen Sieb hat er tapfer mit abgewehrt. Wie im Gewerkschaftlichen, so war er auch im Politischen. Nur eins wollen wir erwähnen, daß er am 20. Mai als schwerkranker Mann seinen Urlaub im Krankenhaus erzwang, um sein Wahlrecht in Marl ausüben zu können. In der Genossenschaft gehörte er für die Vertriebsstelle 41 der Vertreterversammlung an. Ueberall stand er seinen Mann. Der jugendlichen Generation mag er stets ein Vorbild sein. Die organisierten Arbeiter werden sein Andenken in Ehren halten!

## Verbandsnachrichten.

### Auszahlung von Unterstüßungen.

**Bezirk Zwickau.** Allen Zahlstellen zur Mitteilung, daß Krankunterstützung ab 1. Juli 1928 im Bezirksbureau unseres Verbandes in Zwickau, Neußere Leipziger Straße 31, Zimmer 14 des Gewerkschaftshauses, ausbezahlt wird, und zwar Montags und Dienstags in der Zeit von 9 bis 11 Uhr. Kameraden, die den Krankenschein infolge Arbeitsaufnahme abgeben müssen, können auch außerhalb dieser Zeit ihre Unterstützung abholen. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt, wie bisher, Sonnabends, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr. Wir bitten die Ortsverwaltungen unserer Zahlstellen im Bezirk Zwickau in allen Mitglederversammlungen unseren Kameraden dies zur Kenntnis zu bringen.

### Bücherrevision.

**Barnap.** Vom 15. bis 31. Juli.  
**Geschäftsstelle Hindenburg.** In der Zeit vom 7. bis 29. Juli findet in nachstehenden Zahlstellen eine Büchertontrolle statt:  
 Hindenburg IV (Siedlung-Eich) am 7. Juli,  
 Hindenburg II und Matthesdorf am 8. Juli,  
 Hindenburg III (der Rest) am 9. Juli,  
 Zaborze-Dorf am 10. Juli,  
 Poremba am 12. Juli,  
 Wiskupitz am 14. Juli,  
 Mikulstich am 15. und 16. Juli,  
 Wilsendorf-Kaminia am 21. Juli,  
 Hindenburg I am 22. und 23. Juli,  
 Zaborze am 28. und 29. Juli.

Alle Mitglieder werden hiermit erjucht, ihre Mitgliedsbücher bzw. Mitgliedskarten in Ordnung zu bringen und dem Kassierer rechtzeitig anzuhändigen. Ferner wird erjucht, den Kassieren beim Einziehen der Bücher keine Schwierigkeiten zu bereiten.

### Adressenveränderungen.

**Oberaden.** Vertrauensmann: Alfred Schreiner, Oberaden, Aliföstr. 123c; Kassierer: Wilh. Vogeljang, Aliföstr. 22.

### Knappschaftsältestenkommission Hamm.

Sonntag, den 15. Juli, nachmittags 3 Uhr: Quartalsitzung.



# SINDBAD

DER SALEM-RAUCHER,  
erzählt weiter:

Verzweifelt sah ich in der Ferne mein Schiff davonsfahren und mich auf der schönen, aber leeren Insel zurücklassen. Lange irrte ich umher. Plötzlich verdunkelte sich die Sonne, und ein ungeheurer Vogel, dessen Beine so hoch wie ein Haus waren, ließ sich dicht vor mir zur Erde nieder. Einer plötzlichen Eingebung folgend, band ich mich an seinem Fuß fest. Brausend stieg der Vogel wieder in die Luft, die Erde wie einen kleinen Punkt unter sich lassend. Dann stieß er wieder hinunter in ein düsteres Felsental, wo ich halb betäubt von dem Sturze liegen blieb. Damals, in der grauenvollen Öde, verwünschte ich meine Abenteuerlust und flehte zu Allah: „Lieber wollte ich in Bagdad der ärmste Bettler sein, als in der Fremde verkommen!“ Glaubt mir, liebe Freunde, die ihr mich heute in Wohlleben und Reichtum kennt, daß Allah seine Gaben keinem Manne unverdient gibt, und daß ich erst nach vielen unsäglichen Leiden mit einer Mischung belohnt wurde, wie die

(Fortsetzung folgt)



CIGARETTE

# SALEM

## AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich.

